Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 13.50, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4782, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5980, 5981, 5983, 5985, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 517. Mittwoch, 22. Oktober 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.

Deutsche Vertreter nach Washington.

Abreise Ende dieser Woche.

Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterschutzkonferenz in Washington haben sowohl von Regierungsseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weiter Verhandlungen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angängig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Beigeichung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzusehen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittelung die Erklärung zugegangen, daß der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zu der Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden.

Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 29. Oktober angesetzt worden war, voraussichtlich um einige Tage verschoben werden wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

Der Friedenstermin Foch anheimgegeben.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 21. Oktober.

Nach einer Havasnachricht schreibt das „Echo de Paris", der Oberste Rat habe beschlossen, dem Oberkommando der Verbündeten die Bestimmung des Datums anzuvertrauen, zu dem der Friedensvertrag in Kraft treten soll.

Zur Einberufung des Rates des Völkerbunds meldet der „Corriere della Sera" weiterhin, daß Paris als Ort der Zusammenkunft bestimmt wurde, obgleich die englische Delegation London vorgeschlagen hatte. Wenn Paris vorgezogen wurde, so geschah es hauptsächlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß einige Mitglieder gleichzeitig dem in Paris tagenden Obersten Rat angehören werden. In der Völkerbundsakte ist die Einberufung der ersten Versammlung und des ersten Rates durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten vorgesehen. Da aber der Völkerbund noch der erfolgten Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland und drei Vertragsmächte in Kraft treten muß, hält sich der Oberste Rat für berechtigt, die Einberufung anzuordnen, ohne die Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten abzuwarten. Bei der Einladungsfrage ist ferner zu berücksichtigen, daß Wilson nicht in seiner Eigenschaft als Präsident der Vereinigten Staaten, sondern als Beauftragter des Bundes handeln würde.

Nach der gestrigen Sitzung des Führerrats soll Amerikas Vertreter, Polk, ersucht worden sein, durch Telegramm bei Wilson anzufragen, ob er oder der ihn vertretende Vizepräsident gewillt seien, die notwendige erste Sitzung des Rats des Völkerbunds schleunigst zusammenzuberufen.

Die Rückkehr der Gefangenen aus Frankreich.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung hielt am Dienstag den Etat des Auswärtigen Amts weiter. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer empfahl die Entsendung einer Botschaft beim Vatikan. Der Sozialdemokrat Stücklen verlangte energisches Vorgehen zugunsten schleunigster Rückkehrung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. Minister Müller teilte mit, daß ein Verbot der Eheschließung zwischen deutschen Diplomaten im Aus- und Auslandsdeutschen bisher nicht erfolgt sei. Die Sache werde aber geprüft werden. An der Unterhaltung guter Beziehungen zum päpstlichen Stuhl habe die Regierung das größte Interesse und werde in diesem Sinne handeln. Nach einer Meldung aus der Schweiz sei damit zu rechnen, daß bis Weihnachten der größte Teil der Gefangenen aus Frankreich zurückgesandt werde.

Neue Zwangsmaßnahmen des Obersten Rats.

Reuter-Meldung.

Paris, 20. Oktober.

Der Ausschuß für Entwürfe unterbreitete dem Obersten Rat den Entwurf für ein Schreiben, in dem zum Zusammentritt des Völkerbundsrates in Paris unverzüglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages aufgefordert wird. Der Rat fordert von allen Ausschüssen der Konferenz Berichte bis zum 23. Oktober darüber, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchführung zu treffen.

Die Abgrenzung des Saargebiets.

to. Lugano, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zur Einbrüngung des unabkömmlichen Rats des Völkerbundes durch den Obersten Rat der Verbündeten richtet der „Corriere della Sera" aus Paris, einen Hauptanlaß hierzu habe die notwendige Ernennung von je drei sämtlichen Mitgliedern der Regierung und des Grenzausschusses für das Saargebiet gehört. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags hat die Grenzkommission innerhalb 14 Tagen nach Friedensschluß zu erfolgen. Dem gleichen Blatt zufolge wird der Austausch der Ratifikationspäckchen am Montag in Paris vor sich gehen.

Der frühere Kriegsminister Zupelli ist zum Oberhaupt der drei für Wien bestimmten Ausschüsse ernannt worden, welche die militärischen Klauseln des Friedensvertrages mit Oesterreich durchführen sollen.

Erleichterte Stellung von Verbandskommissionen.

Amsterdam, 21. Oktober. Dem Preßbureau Radio zufolge wird den „New York Times" und anderen amerikanischen Blättern aus Paris gemeldet, der Oberste Rat habe beschlossen, daß die Delegierten der Großmächte ohne Rücksicht darauf, ob ihre Regierungen ratifiziert haben oder nicht, den verschiedenen durch den Friedensvertrag mit Deutschland notwendig gewordenen Kommissionen angehören und über die diesen Kommissionen vorliegenden Fragen abstimmen können.

Die Auslieferungslisten.

Noch der Verbandspresse und nach den Meldungen, die aus dem neutralen Ausland zu uns gelangen, kann es einem Zweifel kaum mehr unterliegen, daß der Verband auf der im Friedensvertrag unter Zwang zustandegekommenen Auslieferung der von ihm genannten Persönlichkeiten besteht. Neuerdings fänden polnische Blätter, an, daß auch Polen Persönlichkeiten für die Auslieferung namhaft gemacht hat.

Wie wir in dieser Materie überhaupt auf das angewiesen sind, was die ausländische Presse schreibt, so ist auch hierüber amtlich nichts bekannt, ob und welche Persönlichkeiten die Polen für die Auslieferung namhaft gemacht haben. Aber die zuständigen Stellen geben uns auf Befragen bekannt, daß der Amnestievertrag, der zwischen Deutschland und Polen zustande gekommen ist, sich auch auf alle Vergehen oder vermeintlichen Vergehen bezieht, die während der Besetzungszeit in Kongreßpolen von Deutschen begangen sind oder begangen sein sollen. Der Amnestievertrag — darüber haben die Verhandlungen keinen Zweifel gelassen — schließt daher einen polnischen Anspruch auf Auslieferung von deutschen Persönlichkeiten zur Aburteilung schlechthin aus. kr.

Der Kampf um Petersburg.

Eigene Drahtmeldung.

J. Helsingfors, 21. Oktober.

Die russische Nordwest-Armee besetzte den Vorort Puliskowo südlich Petersburg; der Stab des Generals Judenitsch liegt in Karstoje Sjelo. Heftige Kämpfe zwischen der englischen Flotte und den Stellungen der Bolschewisten in Kronstadt und Krasnaja Gorka dauern an. Oranienbaum brennt. Die Bolschewisten halten noch die Bahnstrecke von Petersburg nach Wiborg in Richtung Pleskau machte die Weiße Armee Fortschritte. Die Bolschewisten zogen sich südlich des Peipussees unter Zurücklassung mehrerer hundert Gefangener hinter den Wolkjastluß zurück.

Nach einer Meldung aus Riga ist der lettische Bolschewist Stimpfen zurückgetreten; an seine Stelle trat Oberst Vallod, der bisher die lettische Front gegen die Bolschewisten befehligte. Zum künftigen Generalgouverneur von Petersburg wurde der General Wladimirow bestimmt.

In Kteilen, die der finnischen Regierung nahestehen, ist der Gedanke einer Teilnahme von finnischen Truppen am Feldzug gegen die Bolschewisten wiederum aufgetaucht. Man glaubt, daß die Regierung und die Mehrheit des finnischen Reichstages die Teilnahme gutheißen werden, falls von russischer Seite eine dringende Aufforderung in diesem Sinne an Finnland ergehen sollte. Im Zusammenhang damit wird auch von der bevorstehenden Rückkehr Mannerheims aus England gesprochen.

Die Verstärkungen für Judenitsch.

V. Kopenhagen, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Helsingfors berichtet wird, erwartet Judenitsch nächstens sein Vormarsch jenseits Pulkowa bis Glasen gerasten ist, Verstärkungen. 100 schwere Kanonen mit reichlicher Munition sollen bereits gestern eingetroffen sein. In russischen militärischen Kreisen wird die Stärkung des Vormarsches als unbezweifelt bezeichnet. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß er fortgesetzt werde. Nach den letzten finnischen Meldungen scheint es sich zu bestätigen, daß Kronstadt noch nicht eingenommen worden ist. Es wird berichtet, daß dort völlige Ruhe herrscht und auf den Befestigungswerken keine weiße Fahne zu sehen ist. Am Krasnaja Gorka soll noch gekämpft werden. In Petersburg sollen am Sonnabend Unruhen revolutionären Charakters ausgebrochen sein.

Yudenitsch Antwort an die Engländer.

Reval, 19. Oktober. Auf den Funkspruch des ältesten englischen Seeoffiziers von Libau, in dem die Räumung von Dünamünde und Thorensberg seitens der russischen Truppen gefordert wurde, antwortete der Oberkommandierende der russischen Westarmee in einem Funkspruch, daß er nach erfolgter Sicherung einer strategischen Basis für eine Offensive gegen die Bolschewisten den Leiten bereits am 10. Oktober einen Waffenstillstand angeboten habe, und ersuchte um Unterstützung seiner dahingehenden Bemühungen. Weiter ersuchte er um Entsendung bevollmächtigter Vertreter zur Beratung geeigneter Maßnahmen, um unnützes Blutvergießen sofort zu beenden.

In einem weiteren Funkspruch an alle wendet sich der Oberst Awalow-Bermondt an die Völker der gesamten Welt mit der Bitte, unverzüglich auf die früheren Bundesgenossen Rußlands einzuwirken, denen er bereits seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärt habe.

Räumung Budapests durch die Rumänen.

F. Wien, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Steinamanger wird berichtet: Die Rumänen haben gestern Ofen geräumt. Die Brückenköpfe werden durch englische und ungarische Truppen besetzt. Pest wird am 22. Oktober geräumt werden.

Die Kosten der Besatzungsarmee.

Die Rede des Reichsschatzministers.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, über die wir an anderer Stelle berichten, nahm bei der Beratung des Haushalts des Reichsschatzministeriums Reichsschatzminister Dr. Mayer das Wort zu folgenden Ausführungen, die wir zum Teil wörtlich wiedergeben:

Die gewaltigen Endzahlen des Etats des Reichsschatzministeriums, die sich auf 432 Millionen Mark im ordentlichen und 1,8 Milliarden Mark im außerordentlichen Etat beziffern, zeigen, daß dieses Ministerium zusammen mit dem Reichswirtschaftsministerium an der Spitze aller Zivilressorts steht. Noch dem Gründungserlaß sollte dem Reichsfinanzministerium eine dreifache Aufgabe gestellt sein: Verwaltung und Verwertung der entbehrlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgüter, zweitens Verwaltung der während des Krieges entstandenen großen industriellen Reichsunternehmungen und drittens die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften. Die Reichsbetriebe stellen solche dar, die teils reiner Reichsbesitz sind, teils in der Form von Anteilen dem Reiche gehören. Zu den Reichsunternehmungen gehören namentlich die Reichsunternehmungen der Stickstoffindustrie, der Aluminiumfabrikation und Elektrizitätswerke, darunter das größte Elektrizitätswerk der Welt. Von den Elektrizitätsgesellschaften gehören namentlich zahlreiche große Unternehmungen im Westen und Süden des Reiches sowie in Schlesien, dem Reiche. Im Haushaltsplan erscheinen diese Unternehmungen des Reiches nicht, weil sie in Gesellschaftsformen geleitet sind. Zu künftigen Etat aber sollen diese Unternehmungen ebenfalls aufgeführt werden. Das größte Aluminium produzierende Werk Bauxit ist in den letzten Monaten in einen reinen Reichsbetrieb umgewandelt worden. Was die Kontrolle der Kriegsgesellschaften betrifft, so infortiren die Kriegsgesellschaften nicht beim Reichsschatzministerium, sondern beim Reichswirtschaftsministerium. Auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser Kriegsgesellschaften hat das Reichsschatzministerium keinen Einfluß, auch auf ihre finanzielle Gebarung trifft dies zu. Wir haben nur ihre Buchführung zu prüfen und bei Abschluß größerer Finanzgeschäfte kontrollierend mitzuwirken. In Liquidation getretene Kriegsgesellschaften werden in das Reichsschatzministerium übergeführt. Die Reichstextilaktiengesellschaft ist bereits übergeführt worden. Bei dieser ist es gelungen, in den letzten 6 Monaten allein schon über 1 Milliarde Mark Werte abzusetzen. Was die Verwaltung und Verwertung der entbehrlich gewordenen mobilen und immobilen Heeresgüter anlangt, so haben wir diese Heeresgüter in wildester Unordnung übernommen ohne Kenntnis der Bestände, ohne jede Inventur, in stetem Kampf gegen Diebstahl und Unterschlagung. Heute kann festgestellt werden, daß die meisten Stellen, in denen mobiles Heeresgut lagert, fest in unserer Hand sind (Beifall), und daß fast eine vollständige Inventur durchgeführt worden ist, soweit Heeresgüter überhaupt noch vorhanden sind. Wen den veruntreuten Heeresgütern sind bis heute Werte im Betrage von 150 Millionen dem Reiche wieder zugeführt worden, den 400 Millionen ist zu hoffen, daß sie wieder erlangt werden können. Besonders wird darauf geachtet, daß nichts nach dem Auslande abgegeben wird, was wir im Inlande notwendig brauchen. Sicherlich werden bei dem ungeheuren Umfange der Demobilisation da und dort noch Veruntreuungen vorkommen, wir tun aber alles, um diese Veruntreuungen auf ein Minimum zurückzuführen. 96% aller Vorwürfe gegen das Reichsvertwertungsamt haben sich bei der Untersuchung als ergebnislos oder als falsche Noresen gerichtet ergeben. Der frühere Reichsfinanzminister Schiffer hat das mobile Heeresgut auf 3 Milliarden Mark geschätzt. Trotz der einengenden Bedingungen des Friedensvertrages ist es uns gelungen, bis heute 2 Milliarden Mark aus dem Heeresgut zu erlösen, 2,2 Milliarden in bar und Kriegsanleihe, der Rest wird alsbald eingehen (Beifall). Nach meiner Schätzung befinden sich an mobilem Heeresgerät in Deutschland noch etwa 2 Milliarden Mark, außer den Werten im Auslande, wie in Budapest, Odessa usw. Der Höhepunkt jedenfalls ist schon überschritten. Es ist zu hoffen, daß diese Verwertung mit Ende nächsten Jahres beendet sein wird. Wir werden dann das Verwertungsamt in Gesellschaftsform auflösen lassen. Die Verwertungsstelle für Automobile ist auf das Reichsverkehrsministerium übergegangen, drei Kraftverkehrsämter sollen zum 1. April aufgelöst werden. Nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses vom 30. April sollen die bisherigen Heeres- und Marinegüter soweit irgend möglich fortgeführt und auf Friedensbetrieb umgestellt werden unter der Voraussetzung, daß sich diese Betriebe in absehbarer Zeit zu rentablen Betrieben entwickeln können. Das Reichsschatzministerium hat damit wohl die schwierigste Aufgabe übernommen, die in Deutschland auf industriellem Gebiete jemals gestellt worden ist. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn man nach kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten an sie herantritt. Die Prüfung der Umstellbarkeit muß erstklassigen Kräften mit hervorragender Sachkunde anvertraut werden. Die Gebäude dieser Sachverständigen müssen denjenigen der Privatindustrie unbedingt angepaßt werden. Es ist erforderlich, daß diese Betriebe in Gesellschaftsformen gebracht werden. Das ist die Voraussetzung nicht nur einer rationellen und sparsamen Wirtschaft, sondern auch eine nationale Notwendigkeit, um eine Kontrolle durch Regierung und Nationalversammlung zu ermöglichen. Die Wirtschaftlichkeit eines derartigen Betriebes muß jederzeit festzustellen sein. Auch der Haushaltsplan fordert hierfür den Betrag von 5½ Millionen an. Das ist keine Forderung fonds perdu, sie stellt vielmehr eine Forderung der notwendigen Betriebsmittel dar, die später verzinst und amortisiert werden müssen. Diese Abteilungen des Reichsschatzministeriums werden dadurch die gewaltigsten Industrieunternehmungen werden, das größte Industrieunternehmen der Welt. Schon in normalen Zeiten war es außerordentlich schwer, derartige Betriebe umzustellen, alle Gebäude, Maschinen und Einrichtungen waren ganz einseitig einem bestimmten Zweck angepaßt. Bei den alten Heeresbetrieben war das verhältnismäßig leicht, bei den während des Krieges geschaffenen Anlagen ist es aber nicht zu verstehen, daß man nicht an die künftige Umstellung auf Friedensbetrieb gedacht hat. Bei den Neubauten sehen wir eine ungeheure Geldverschwendung, die Betriebe sind mit äußerstem Raffinement ausgebaut, wir finden zwischen den Bauten die schönsten Parkanlagen, die eine dauernde Belastung des Betriebes bilden müssen. Der erschwerendste Einseitigkeit der Betriebe steht nun noch die Einseitigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Erfahrung und Leistung gegenüber. Einseitig war die Kontrolle nur auf Qualität und Quantität gestellt, nirgends fand sich eine Vor- und Nachkalkulation. Diese Betriebe auf Friedensfabrikation umzustellen, ist eine ungeheure Aufgabe. Am einfachsten ist noch die Umstellung der Betriebszweige mit hüttenmännischem Charakter, wie die Gießereien, schwieriger ist es bei den Werkstätten mit Maschinenfabrikation, Feuerwerkslaboratorien usw., und am schwersten ist es bei den Pulverfabriken. Diese werden zum größten Teil der Aufschlachtung nicht entgehen können. Wie es mit der Umstellung der Werften werden wird, kann noch nicht gesagt werden. Das Verhältnis der Beamten und Angestellten über Zahl nach war bisher in diesen Betrieben anders, als wir es sonst gewohnt sind, wir finden ein Verhältnis von 1:4, während man in Friedensbetrieben mit einem Verhältnis von 1:10 zu rechnen gewöhnt ist. (Hört, hört!) Wir hatten im Kriege nicht weniger als 240 000 Arbeiter in diesen Betrieben, heute beträgt ihre Zahl noch 45 000. Mit weiteren Entlassungen wird zu rechnen sein. Für diese Personen soll nun möglichst weitgehend gesorgt werden, nicht nur nach Rechtsansprüchen, sondern auch nach Billigkeitsansprüchen. Vor jeder Neueinstellung eines Beamten soll geprüft werden, ob nicht ein vorhandener Beamter in diese Stelle einrücken kann. Im übrigen wird die Weiterbeschäftigung von Beamten nur auf Grund des Privatdienstvertrages erfolgen, da wir nach der Umformung der Betriebe in Gesellschaften nicht auch noch Beamte in diese Gesellschaften überführen können. Noch nicht angestellte Anwärter sollen möglichst ähnlich abgefunden werden wie die Kapitulanten. Gegebenenfalls wird eine Abfindung gezahlt werden. Die Heeres- und Marinebetriebe waren wir zum Teil gewungen unter Inanspruchnahme militärischer Hilfe zu schließen. Den Arbeitern wurde eröffnet, daß eine Fortführung der Betriebe nur unter äußerster Anspannung der Arbeitsleistungen möglich sei. Es ist auch gelungen, bei allen umgestellten Betrieben das Akkordsystem in weitestem Umfange einzuführen. (Beifall.) In Spandau hatten wir vor der Umstellung 60 000 Arbeiter, nach der Umstellung 4000 und jetzt wieder 11- bis 12 000. Um diesen geringen Arbeit zu schaffen, ist es nötig, Aufträge im Werte von 300 Millionen Mark jährlich zu erhalten. Das ursprüngliche Mißtrauen gegen diese Betriebe ist allmählich geschwunden, heute haben wir Aufträge von monatlich 25 000 Mark und mehr. Die Umstellung der Pulverfabrik Spandau macht besondere Schwierigkeiten, im übrigen haben wir ein Hüttenwerk mit Walzwerk und eine Metallwarenfabrik. Die Fabrikation umfaßt alle Zweige, von der Gewinnung des Rohseifens bis zum Fertigfabrikat. Darin liegt eine Gewähr für die Rentabilität. Zur Durchführung dieser Arbeit ist straffste Disziplin unbedingt erforderlich. Wir sind uns dessen bewußt, diese Reichsbetriebe sozialpolitisch zu vorbildlichen Betrieben auszugestalten, wir haben auch schon viel erreicht. Es wird ein wesentlich höherer Prozentsatz Kriegsbeschädigter dort eingestellt als in der Privatindustrie, in Spandau sind es nicht weniger als 11 Prozent. Eine Denkschrift über diese Verhältnisse ist in Vorbereitung. Diese Aufgaben des Reichsschatzministeriums werden durch einen neuen Erlaß ergänzt werden. Dadurch werden dem Reichsschatzministerium eine Reihe neuer Aufgaben erwachsen, indem ihm die Bauverwaltung, insbesondere die Militärbauten, zugeteilt werden sollen. Wir werden in Zukunft nur 100 000 Mann Miliär halten dürfen. Daraus ergibt sich, daß alles, was nicht unbedingt Uniform tragen muß in die Zivilverwaltung kommt. Dazu gehört namentlich die Versorgung des Heeres, die Proviantämter, Bekleidungsämter, Konservenfabriken, Schlächtereien, Bäckereien und die Belieferung des Heeres bis zum letzten Schemel in der Mannschaftsstube. Von den 24 Heeres- und Marinebekleidungsämtern sind bisher 14 stillgelegt worden, für die restlichen 10 ist bis zum 1. April gesetzlich Beschäftigung vorhanden, was dann mit ihnen geschieht, unterliegt derzeitiger Prüfung. Die dort beschäftigte Arbeiterschaft soll, wenn irgend möglich, weiter beschäftigt werden. Auf alle Fälle wird größere Rücksichtnahme geübt auf den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand. (Beifall.) Das Bekleidungsamt Hamburg-Bahrenfeld haben wir zunächst einer Arbeitergenossenschaft zum Weiterbetrieb übergeben. Ich hoffe, daß dieses Experiment gelingen wird. Die Bekleidungsämter haben wir der Abteilung 3 des Ministeriums unterstellt. Die Abteilung 2 erfordert als Großindustrieabteilung angesichts ihres enormen Umfanges einen besonderen Unterstaatssekretär und einen Ministerialdirektor, wenn auch im allgemeinen diese Forderung gegen die Regierung verstärkt, es ist aber nicht denkbar, diese Abteilung sonst ordnungsmäßig zu führen.

Eine besondere Regelung ist für das besetzte Gebiet vorgesehen, für welches drei Reichsbermögensämter in Landau in Pfalzing und Düsseldorf eingerichtet werden.

Der Unterhalt der Besatzungstruppen.

Zum Schlusse noch ein Wort zu denjenigen Etatpositionen, welche den Unterhalt der Besatzungstruppen im Westen betreffen. Aus den verschiedenen Positionen im außerordentlichen und im ordentlichen Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ergibt sich, daß zur Durchführung dieser Aufgabe im Etat des Reichsschatzministeriums allein, auf das Jahr umgerechnet, ein Betrag von 1,2 Milliarden Mark angefordert ist. (Allseitige Rufe: Hört, hört!) Aus einer Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß bei der Beratung dieser Materie gegeben habe, ergibt sich, daß außerdem als Entschädigung der Einwohner der besetzten Gebiete für die Requisitionen der Besatzungstruppe eine Summe aufzuwalten ist, die mit jährlich 1 Milliarde Mark sicherlich nicht zu gering veranschlagt ist. (Bewegung. Rufe: Hört, hört!) Diese Summe ist nicht aus dem Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums ersichtlich, sondern wird aus dem allgemeinen Finanzfonds bestritten, den das hohe Haus in Höhe von 16 Milliarden bewilligt hat. Außerdem ergibt sich aus jener Zusammenstellung, die ich dem Haushaltsausschuß zu unterbreiten die Ehre hatte, daß außer diesen Forderungen für den Bau von Wohnungen für Offiziersfamilien per sofort 100 Millionen Mark

und für die nächste Zukunft wohl ein Betrag bis zu 300 Millionen Mark wird aufgebracht werden müssen (lebhafte Rufe: Hört, hört!), der gleichfalls aus dem allgemeinen Fonds des Reichsfinanzministeriums zu bestreiten sein wird. Außerdem sind im Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums für die Unterbringung und Erhaltung der beiden Kommissionen der Alliierten und der Ueberwachungsausschüsse der Alliierten jährlich 60 Millionen Mark eingesetzt. (Große Bewegung. Erregte Rufe: Unerhört!) Die Unterhaltung der interalliierten Besatzungstruppen einschließlich dieser Ausschüsse stellt sich also heute schon pfennmäßig nachweisbar auf mindestens 2½ Milliarden Mark jährlich (große Unruhe; lebhafte Rufe: Hört, hört!), eine bei der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und angesichts der umgehenden schweren Bürde der außerdem von uns übernommenen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen ganz unerträgliche Lasten. (Stürmische Zustimmung.)

Meine Damen und Herren, wir kennen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die Effektivstärke dieser Besatzungsarmee. (Hört, hört!) Wir haben wiederholt gebeten, uns ihre Stärke zu benennen. Diese Bitte ist uns jedesmal abgeschlagen worden. (Bewegung und Rufe: Hört, hört!) Die Stärke der Besatzungstruppe hat anscheinend außerordentlich gewechselt. Noch im August ist die Stärke dieser Besatzungstruppe wohl zwischen 4- und 500 000 Mann anzunehmen. Auf alle Fälle beträgt sie auch heute noch ein Mehrfaches dessen, was in diesen Grenzgebieten deutschserseits im Frieden an Soldaten unterhalten worden ist. (Hört, hört!)

Bezüglich des Ausmaßes der für die Unterhaltung dieser Besatzungsarmee aufzubringenden Kosten haben schon nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages Verhandlungen stattgefunden. Deutscherseits wurden die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages wohl richtig und naturgemäß so ausgelegt, wie die Bestimmungen ausgelegt wurden, welche im Waffenstillstandsvertrage vom 26. Februar 1871 begründet waren. Es lag ja ganz nahe, daß unter „Unterhalt" mit anderen Worten die Unterbringung vielleicht auch die Verpflegung und Unterbringung zu verstehen sei. Die Entente hat jede Begriffsbestimmung abgelehnt, bis dann schließlich im Friedensvertrage in Artikel 249 der Umfang so weit gezogen wurde, wie überhaupt nur denkbar.

Danach gehören zu diesem Unterhalt alle Ausgaben für die Ernährung der Personen und Tiere, die Einquartierung und die Unterbringung, für Sold- und andere Gebührnisse, für Gehälter und Löhne, für Machtlager, Heizung, Beleuchtung, Ausrüstung, Geschirr, Bewaffnung und rollendes Material (hört, hört!), für Flugwesen, Kranken- und Verwundetenbehandlung, Veterinär- und Remontewesen, das gesamte Beförderungswesen (wie Eisenbahn, See- und Flußschiffahrt und Luftfahrzeuge), Werkstätten und Nachrichtenwesen, überhaupt für die Verwaltungs- und technische Dienstzweige, die für die Ausbildung der Truppen, für die Erhaltung ihrer Bestände und ihrer militärischen Leistungsfähigkeit erforderlich sind. (Hört, hört!)

Hinzu kommt, daß nach dem Rheinlandabkommen auch nach Eintritt des Friedenszustandes für die Requisitionen der Besatzungstruppen das Haager Uebereinkommen in Geltung bleibt, welches die Gebräuche des Landkrieges regelt und nur für den Kriegsfall bezeichnet ist.

Eine Berechnung der Unterhaltungskosten der Besatzungstruppen ist von der Entente bisher immer abgelehnt worden. Die jeweilig benötigte Summe wurde ohne nähere Begründung angefordert und ausbezahlt. Sie belief sich in den ersten 10 Monaten der Besetzung auf etwa 800 Millionen Mark. (Hört, hört!) In gleicher Weise wurden für die Requisitionen für das von den Engländern und Amerikanern besetzte Gebiet bis jetzt 255 Millionen angesetzt. Die Engländer und Amerikaner überließen die Auszahlung der Beträge den deutschen Behörden. Anders die Franzosen, die die Auszahlung selber übernehmen, und bezüglich derer anzunehmen ist, daß bis jetzt mindestens für eine halbe Milliarde Mark Requisitionen erfetzt werden müssen. Für das von den Belgiern besetzte Gebiet konnten nähere Angaben bis jetzt überhaupt nicht ermittelt werden. (Hört, hört!)

In den von dem Herrn Unterstaatssekretär Lewald geführten Verhandlungen haben wir wiederholt die Herabsetzung der Zahl der Besatzungstruppen verlangt, und es wurde dem Herrn Unterstaatssekretär eine Herabsetzung für die Zeit nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Aussicht gestellt. Schriftlich wurde aber sowohl im August wie auch jetzt wieder vor wenigen Tagen durch eine Note erklärt, die Effektivstärke der Besatzungstruppen werde der deutschen Regierung sobald als möglich mitgeteilt werden. Beigefügt ist in der Note, es sei Sache der deutschen Regierung, für die rheinische Bevölkerung die Last der Besetzung zu mildern, indem sie auf die Hilfsquellen an Material und Mobilier des gesamten Reiches zurückgreife.

An anderer Stelle wird gesagt, die Hohe Kommission werde sich bemühen, freundschaftliche Abmachungen mit den amtlichen Behörden zu treffen hinsichtlich der Offiziere und der Truppen; dabei wird bemerkt, es sei Sache der deutschen Behörde, die Unterbringung zu erleichtern, indem einesteils die nach den besetzten Gebieten im Laufe des Krieges eingewanderte Bevölkerung evakuiert (hört, hört!), anderenteils auf die allgemeinen Hilfsquellen des Deutschen Reiches Hand gelegt werde.

Bezüglich der Requisitionen heißt es in der letzten Note wörtlich: Die alliierten und assoziierten Regierungen lassen nicht zu, daß die deutschen Gebiete nicht herangezogen zur Erneuerung und den Bedürfnissen der Besatzungstruppen. Es ist Sache der deutschen Regierung, zur Vermeidung der Ausübung von Requisitionen von Lebens- und Futtermitteln, die Einbeziehung der Hilfsquellen des ganzen Reiches zu prüfen, um den Bedürfnissen der Besatzungstruppen zu genügen.

Unsere Erwartung, die Entente werde sich hinsichtlich der Bildung der Ueberwachungsausschüsse nach Art. 208 des Friedensvertrages auf das notwendige Maß einschränken, ist nicht eingetroffen. Nachdem bereits seit einiger Zeit eine von uns als solche nicht anerkannte legenmäßige Vorkommission der Entente in Stärke von 60 Offizieren in Berlin eingetroffen ist, ist uns neuerdings angekündigt, daß unmittelbar nach Friedensschluß in Berlin eintreffen sollen 2 Ueberwachungskommissionen, und zwar eine für Armee und Marine, die für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 300 Zimmern (hört, hört!) und für Geschäftsräume 200 Räume beanspruch, ferner für 300 Unteroffiziere und Mannschaften geeignete Unterkunft und Gelegenheit zur Unterstellung für 60 Automobile. Sodann eine zweite Ueberwachungskommission für die Luftstreitkräfte, für welche beanspruch werden: für Wohnzwecke der Offiziere ein Hotel mit 200 Zimmern, für Geschäftsräume weitere 100 Räume (hört, hört!), dann Unterkunft für 450 Offiziere und Mannschaften sowie Gelegenheit zur Unterstellung für weitere 100 Automobile. Es handelt sich also um 500 Offiziere, 750 Unteroffiziere und Mannschaften und 160 Automobile. Die Zahl der Automobile ist nachträglich auf 200 Automobile erhöht worden, die allein in Berlin untergebracht werden. (Hört, hört!) Daneben sollen kleinere Kommissionen in anderen Städten Deutschlands untergebracht werden, so in München, Dresden und anderen Orten.

Bezüglich der Unterkunft dieser Ueberwachungsgegenüberstellen (hört, hört!), haben im Kabinett eingehende Besprechungen stattgefunden. Man dachte zunächst, diese Ueberwachungsausschüsse in Schlössern unterzubringen. Es hat sich aber bald ergeben, daß die Schlösser für die Unterbringung dieser Ueberwachungsausschüsse gänzlich ungeeignet sind; sie enthalten zumeist ineinandergehende große Zimmer, die erst umgebaut werden müßten — alles Dinge, die vor dem Eintreffen der Ueberwachungsausschüsse nicht durchgeführt werden könnten. Es wäre auch nicht zu vermeiden gewesen, daß diese Ueberwachungsausschüsse an zahlreichen Stellen der Stadt Berlin zerstreut hätten untergebracht werden müssen. Das lehtere hätte weder dem Wunsche der Vertreter der Vorkommission der Entente, noch unserem eigenen Bedürfnisse entsprochen. Wir haben selbst, nachdem wir diesen Ueberwachungsausschüssen nicht nur Unterkunft, sondern auch die Verpflegung zu gewähren haben, alles Interesse daran, sie möglichst geschlossen unterzubringen. Schließlich erwies sich kein anderer Ausweg als zwei große Hotels für diese Zwecke in Aussicht zu nehmen, das Hotel Kaiserhof und das Hotel Eden, und als Mannschaftskommer und Garage für die im Kaiserhof untergebrachte Ueberwachungskommission die Kavallerie-Kaserne zu wählen und für die im Edenhotel untergebrachte Ueberwachungskommission die militärtechnische Akademie. Diese Unterkunftsmöglichkeiten wurden bis auf die Kavallerie-Kaserne von der Entente als zweckentsprechend anerkannt. Bezüglich der Kavallerie-Kaserne wurde bemerkt, daß dort keine eigene Gelegenheit für Abspannung der Truppen außerhalb der Wohnräume der Kaserne gegeben sei, das sei zwar in Deutschland üblich, daß man in seinen Wohnräumen speist, die Ententetruppen seien aber daran nicht gewöhnt. (Hört, hört!) Dadurch, daß die Kavallerie-Kaserne abgelehnt worden ist, ist es leider notwendig geworden, einige weitere Hotels, die heute mit Behörden beziehungsweise mit einer Kriegsgesellschaft belegt sind, nämlich das Carlton-Hotel und das Esperia-Hotel mit Beschlag zu belegen.

Betonen möchte ich noch, daß der Herr Außenminister wiederholt mündlich und durch Noten der Entente den Wunsch der Reichsregierung hat übermitteln lassen, diese Ueberwachungsausschüsse auf eine geringere Zahl von Mitgliedern zu beschränken. Er hat auch darauf hingewiesen, daß deutscherseits beabsichtigt ist, diesen Ueberwachungsausschüssen eine Kommission von etwa 9 Offizieren gegenüberzustellen. Dieses Ersuchen ist bis jetzt abgelehnt worden. (Hört, hört!)

Sehr auffallend und bemerkenswert sind die Absichten der Entente hinsichtlich der künftigen Stärke der Besatzungstruppen im Rheinland, ist auch das Verlangen nach Errichtung von Offiziersfamilienwohnungen, das inzwischen an zahlreiche rheinische Städte gestellt worden ist. Während seinerzeit in den Besprechungen, die in Versailles stattfanden, dem Herrn Unterstaatssekretär Lewald zugesagt worden ist, man wolle sich jedenfalls nach Friedensschluß mit den verbandenen militärischen Bauten und Unterkunftsgelegenheiten, wenn irgend möglich, begnügen, werden jetzt Anforderungen gestellt, die, wie ich schon eingangs betonte, dazu führt haben, daß wir für den nächsten Baudoarf 100 Millionen und für den künftigen Baudedarf 300 Millionen Mark zurückgestellt haben. (Hört, hört!) Die erforderlichen Villen und Häuser für Offiziersmohnungen sollen in den größeren rheinischen Städten durch die Städte selbst für Rechnung des Reiches aufgeführt werden, in den mittleren und kleineren Städten durch die Reichsbauverwaltung vorgenommen werden. Außerdem ist in den Haushaltsplan des Reichsschatzministeriums eine Summe von 40 Millionen Mark jährlich eingesetzt für Neubauten und Umbauten im Bereiche der bereits vorhandenen militärischen Bauten. Auch hier scheint die Summe, die wir angesetzt haben, trotz ihrer Erhöhung im Haushaltsausschuß viel zu gering zu sein. Die Stadt Mainz hat in den letzten Tagen auf Anforderung der Entente von uns die Erstattung von 15 Millionen Mark für solche Zwecke auf einmal verlangt, darunter 314 000 M für den Umbau und die teilweise Neueinrichtung des Offizierskasinos, weitere 13 000 M für eine Badeeinrichtung im Offizierskasino, 50 000 M für eine Warmheizung im Offizierskasino, 1 Million für den Neubau von Mannschafts- und Wirtschaftsbaracken, 1 150 000 M für Baracken in Kastrinn, 2 602 000 M für Exerzierplatz und Wagenhaus Castell, 2 606 000 M für Pionierkaserne Kaiserkrück, 1 780 000 M für Biebrich, 400 000 M für Maurerarbeiten zwecks Einrichtung der Zentralheizung in der neuen mit Oefen bereits ausgestatteten Eisenbahnkaserne — wie doch die übrigen Kosten für diese Zentralheizung sind, ist nicht bekannt —, 200 000 M für sonstige Umbauten an dieser und 300 000 M für Umbauten an der Kürassierkaserne in Mainz; für Wiesbaden allein 4 Millionen Mark usw. (Gebhafte Rufe: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich auf diese tatsächlichen Feststellungen. Für jeden auch nur oberflächlichen Kenner unserer Wirtschafts- und Finanzlage ist es offenkundig, daß dieser Zustand nicht länger andauern kann (sehr richtig!), wenn anders Deutschland in der Lage bleiben soll, den Plan durchzuführen, den es sich wenigstens für die nächsten Jahre für die Erfüllung der finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen der Entente aufgestellt hat. (Zustimmung.) Die Fortsetzung derartiger Anforderungen würde es dem Deutschen Reiche aufs äußerste erschweren, wenn nicht unmöglich machen, die im Friedensvertrage vorgesehenen Wiedergutmachungen in vollem Umfange zu erfüllen. (Erneute Zustimmung.) Sie würden als Vorsichtsmaßnahme einen Ausfuhrzoll durch die Entente darstellen (sehr richtig!), der letzten Endes allen Mitgliedern der Entente selbst zum Schaden gereichen müßte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen verlangen, daß unverzüglich und jedenfalls sofort nach Friedensschluß eine bedeutende Herabminderung der Besatzungstruppen im Westen eintritt. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Es entspricht dem Friedensvertrag, daß die Besatzungstruppen, die doch nur die Erfüllung des Vertrags sicherstellen, sie aber nicht unmöglich machen sollen, auf das notwendigste Maß eingeschränkt werden. Die deutsche Effektivstärke in diesen Grenzgebieten betrug im Frieden etwa 80 000 Mann. Es ist selbstverständlich und muß von uns erwartet werden, daß die Besatzungstruppen entsprechend dem Zweck der Besetzung erheblich unter dieser Ziffer liegen und höchstens einen Bruchteil dieser Ziffer darstellen dürfen. (Sehr richtig!) Wir müssen aber auch verlangen, daß Requisitionen der Besatzungstruppen in dem Maß unterlassen werden, als es unseren eigenen Behörden möglich ist, die betreffenden Bedarfsgegenstände für die Besatzungstruppen zu schaffen; wir müssen deshalb verlangen, daß die Entente der Einrichtung der Reichsdienstmännerwohnung des Reichsschatzministeriums in den besetzten Gebieten keine weiteren Schwierigkeiten mehr in den Weg legt. Sie hat unseren Beamten die Einwirksamkeit versagt. Wir müssen endlich verlangen, daß die Entente sich bei Durchführung dieser Aufgaben nicht an lokale Instanzen wendet, sondern an die berufenen Organe des Reichsschatzministeriums, die Reichsvermögensverwaltung im besetzten Gebiet und die ihr unterstellten Reichsvermögensämter. Die Reichsregierung weiß sich in diesem Verlangen einig mit der ganzen Nationalversammlung, einig mit dem ganzen deutschen Volk, und sie weiß auch, daß diese Forderung im Ausland von jedem billig Denkenden als berechtigt anerkannt werden muß, zumal sie auch selbst im eigenen Interesse der Entente gelegen ist. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Wie die „P. P. P." aus parlamentarischen Kreisen erfahren wird der Gegenstand der Mitwirkung des Zweiten Untersuchungsausschusses ausschließlich die Gebietung der Tagesordnung der Nationalversammlung sein, d. h. der Schutz der Verfassung und der ehemaligen Deutschen Staaten Bezirksrat.

Bei den Beratungen von dem Untersuchungsausschuß muß unterschieden werden zwischen Zeugenvorladungen, die für die Betreffenden die Verpflichtung zum Erscheinen enthalten, und solchen Einladungen, die nur einen alt des Entgegenkommens gegenüber den geladenen Persönlichkeit darstellen, die später als Zeugen vernommen werden sollen, damit diese in der Lage seien, den Gang der Verhandlungen in allen Linie heut zu verfolgen.

Zurzeit tem dritten Untersuchungsausschuß (Vorsitzender Abgeordneter Bolz (Z.)), welcher die völkerrechtswidrig u militärischen Maßnahmen zu untersuchen hat, und den vierten Untersuchungsausschuß (Vorsitzender Abgeordneter Haenisch, Sozialdemokrat), dessen Untersuchungsgebiet die völkerrechtswidrigen wirtschaftlichen Maßnahmen umfaßt, verteilt sich Untersuchungen über die Angrenzung des zu untersuchenden Materials. Natürlich spielen in einem gewissen Sinne die meisten der von den vierten Untersuchungsausschuß zu behandelnden Fälle auf das militärische Gebiet über, so z. B. die Frage der deutschen Deportationen.

Oesterreichs neue Staatsform.

Drahtmeldung.

Wien, 21. Oktober.

Die Nationalversammlung beriet die Vorlage, betreffend die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Deutschösterreich gemäß dem St. Germainer Vertrage die Bezeichnung „Republik Oesterreich" tragen. Ferner wird die deutsche Staatssprache unbestimmt, ohne den sprachlichen Minderheiten eingeräumten Rechte festgelegt. Schließlich werden die Bestimmungen der Novemberverfassung und des Märzgesetzes, wonach Deutschösterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist, aufgehoben. Gegen die Aenderung des Namens „Deutschösterreich" sprach der Großdeutsche Weber, der auch den schmerzlichsten Gefühlen der Großdeutschen über die unabwendliche Festlegung der Auflösung der Gemeinschaft mit dem Deutschen Reiche Ausdruck gab.

Trotz dieser Vergewaltigung der Deutschen Mitteleuropas hoffe er, daß bald bessere Tage kommen werden, in denen sich der Zusammenschluß aller Deutschen in Mitteleuropa vollziehen werde. Der Sozialdemokrat Austerlitz erklärte, der Gesetzentwurf sei das schmerzlichste Ergebnis des Friedensvertrages. Wir wissen, daß wir, lebgetrennt von unserer Mutternation, zum Verkorben verurteilt sind. Wir werden niemals den Gedanken aufgeben, daß der Zusammenschluß mit der deutschen Nation sich vollziehen muß, weil wir wissen, daß er eine immanente Notwendigkeit des gesamten deutschen Volkes und des gesunden Funktionierens Mitteleuropas selbst ist, die sittliche Kraft der Internationale, sowie darauf, daß einmal die imperialistischen Regierungen von sozialen Gesinnungen abgelöst werden, und daß die Kräfte der vereinigten Arbeiterklassen den Triumphzug des Imperialismus vernichten und den Anschluß ermöglichen werden. Dem Gebote der Entente entsprechend liegen wir den Anschluß aus dem Gesetz aber aus unseren Herzen kann er nicht getilgt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz wurde sodann in zweiter und dritter Lesung unter Ablehnung des Antrages Weber auf Streichung der Bestimmung, betreffend Festlegung der Rechte der Minderheiten, angenommen. Die Nationalversammlung nahm schließlich in allen Lesungen die Vorlage, betreffs Verbannung einer außerordentlichen Volkszählung bis 31. Dezember d. J. an.

Die Auseinandersetzung mit Polen.

Ein Danziger Blatt läßt sich aus Berlin berichten, daß die Besetzung von Westpreußen durch polnische Truppen alsbald zustandekomme. Diese Meldung ist nicht nur unbegründet, sondern auch geeignet, eine vollkommen falsche Auffassung zu erwecken. Sie ergabe überhaupt nur einen Sinn, wenn sie sich auf die abgetretenen Landesteile bezöge. Von einer alsbaldigen Besetzung durch polnische Truppen kann nicht die Rede sein, bekanntlich wird von den Kommissionen, die jetzt in Berlin verhandeln, ein Räumungsplan in gegenseitiger Beratung festgestellt. Erst wenn dieser festgestellt, außerdem der Friedensvertrag in Kraft getreten sein wird, kann von einer Besitznahme durch die Polen in dem Maße, wie unsere eigenen Truppen zurückziehen werden, gesprochen werden.

Die falsche Auffassung, die die obige Meldung hervorbringen könnte, besteht vor allem darin, daß sie auf die Abstimmungsgebiete bezogen werden kann. Im Friedensvertrag ist die Besetzung der Abstimmungsgebiete in Ost- und Westpreußen überhaupt im einzelnen nicht festgelegt. Daß eine Besetzung nach dem Inkrafttreten des Friedens und dann nach Ablauf einer bestimmten Frist erfolgen wird, ist möglich, aber die Räumung dieser Gebiete durch deutsche Truppen hätte keinen Sinn, wenn diese durch polnische abgelöst werden würden. Vielmehr kann es, weit zweckentsprechend, als sicher gelten, daß die Abstimmungsgebiete, wenn überhaupt, durch nichtpolnische Truppen besetzt werden würden. H. Kr.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz.

Eigene Drahtmeldung.

v. Kopenhagen, 21. Oktober.

Wie aus Washington berichtet wird, hat sich das Repräsentantenhaus am Sonnabend mit einem neuen Einwanderungsgesetz beschäftigt, das ohne Schwierigkeiten im Kongreß einstimmig angenommen wurde. Zweck des Gesetzes ist, die Flut der Auswanderung, die von Europa her erwartet wird, möglichst einzudämmen. Die neue Bevölkerung in den Vereinigten Staaten soll durch eine durchgreifende Amerikanisierung vermindert werden, und zwar ist beabsichtigt das alle Fremden während der ersten fünf Jahre ihres Aufenthaltes um die Naturalisation bemühen müssen. Falls dies unterlassen wird, soll nach Ablauf von fünf Jahre ausgewiesen werden. Es wird ferner verlangt, daß alle Ausländer in den fünf Jahren die Kenntnis der englischen Sprache erwerben und auch ihre Kinder in englischen Schulen unterrichten lassen müssen.

Wie aus dem Staatssekretär Lansing dem Kongreß mitgeteilt hat, haben die schwedischen und norwegischen Diplomaten gegen die Ausweisungsbestimmungen Einspruch eingelegt.

Ein Oberpolizeipräsident verhaftet.

Ha. Mannheim, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Neue Badische Landeszeitung" meldet aus Kehl: Gestern mittag wurde hier der Oberpolizeipräsident des Amtsbezirks Kehl, Groß, von der französischen Gendarmerie verhaftet und in das Amtsgerängnis überführt. Die Ursache soll in Nichtablieferung von Waffen zu suchen sein.

Cattaro als jugoslawische Flottenbasis.

to. Lugano, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der „Tribuna" berichten die Triester Blätter, daß die italienischen Truppen Cattaro räumen, das zur Flottenbasis des Jugoslawischen Staates bestimmt ist.

Die Rückkehr der Kadetten aus Sibirien.

to. Lugano, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Dem „Corriere della Sera" zufolge erhielt der sozialistische Deputierte Turati, der von der Regierung über die Lage des italienischen Expeditionskorps in Sibirien Auskunft verlangt hatte den Bescheid, daß ein Teil der Mannschaften bereits seit dem 5. September unterwegs, um das ganze Korps zurückzubringen.

Das größere Norwegen.

× Christiania, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Bei seiner Abreise nach Paris hat Baron Wedel, der dortige norwegische Gesandte, in „Tidens Tegn" erklären lassen, seine Aeußerung von einem größeren Norwegen sei lediglich mißverstanden worden. Er habe nur gemeint, daß für die wirtschaftlichen Expansionskräfte durch norwegisches Kapital und norwegische Arbeit ihrem Platz in der Welt wurden erobern können.

Admiral Fishers Bekenntnisse.

S. Haag, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Admiral Fisher erwähnt in seinen Veröffentlichungen in der „Times", die sich auf die Geschichte der englischen Flotte und seine Tätigkeit bei ihrem Ausbau in den Jahren vor dem Kriege beziehen, unter anderem auch Admiral v. Tirpitz und kommt dabei auf einen Besuch zu sprechen, den er, Fisher, seinerzeit beschrieben hatte, als er hörte, daß Tirpitz seine Demission eingereicht habe.

In diesem Briefe, datiert vom 29. März 1916, schreibt Fisher u. a.: „Sie sind der einzige deutsche Seemann, der den Krieg verstehet. Tötet eure Feinde, ohne selbst getötet zu werden. Ich werfe Ihnen den Tauchbootkrieg nicht vor, ich würde selbst so gehandelt haben. Aber unsere Piloten in England wollten mir nicht glauben, als ich ihnen dies sagte."

Die Spannung zwischen englischer Regierung und Arbeitern.

S. Haag, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die offizielle Mitteilung, daß Henderson infolge politischer Umstände nicht zur Washingtoner Arbeitskonferenz reist, zeigt, daß trotz der Beilegung des Eisenbahnerstreiks die Spannung zwischen der englischen Regierung und den Arbeitern noch immer besteht. Die Regierung hat den Eisenbahnerstreik benutzt, um ihre Bürgergarden ins Leben zu rufen. Die extremen Elemente reden jetzt davon, ihnen rote Garden entgegenzustellen.

Amerikas tätige Teilnahme für Irland.

B. Basel, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das „Echo de Paris" aus Washington berichtet, brachte Senator Walsh (Montana) einen Resolutionsentwurf ein, wonach der Vertreter der Vereinigten Staaten im Völkerbund Auftrag erhalten sollen, schon in der ersten Sitzung des Vollzugsausschusses oder der Generalversammlung des Bundes das irische Problem zur Erörterung zu bringen.

Der preußische Verfassungsentwurf.

Ein Berliner Abendblatt teilt mit, daß der Entwurf der preußischen Verfassung in kürzester Frist vom Ministerium des Innern dem Preußischen Staatsministerium vorgelegt werden und nach der Beratung im Ministerrat der Preußischen Landesversammlung zugehen wird. Die Meldung ist in ihrem ersten Teil richtig. Ob der zweite Teil nicht den Tatsachen vorauseilt, wird, wie wir von einigermaßen Seite hören, erst die weitere Entwicklung ergeben. Es ist möglich, daß im Benehmen mit den Mehrheitsparteien die Beratungen des Entwurfes außerordentlich beschleunigt werden und dieser alsbald vor die Landesversammlung kommt. Andererseits können die Beratungen im Staatsministerium aber auch die Notwendigkeit zeitigen, oder es kann von den Mehrheitsparteien gewünscht werden, daß einen noch wissenschaftliche Autoritäten zu dem einen oder anderen Gegenstand Stellung nehmen. In diesem Falle würde also das Verfassungsgesetz nicht so schnell erledigt werden können, wie obige Meldung annimmt.

Der 3. Münchener Mordprozeß.

Eigene Drahtmeldung.

München, 21. Oktober.

In dem Prozeß wegen der Gesellenmorde erfolgte nach Verlesung der Anklage die Vernehmung des Hauptangeklagten Müller. Er bekundete: Unsere Vorgesetzten sagten uns, wir sollten keine Rücksicht nehmen, sondern, wenn wir Sportabschüsse hätten, sie kurzerhand niederschießen, um unser eigenes Leben zu retten. Je energischer wir vorgehen würden, um so eher würde Ruhe einkehren. Es wurde uns auch gesagt, daß die Rote Armee einen Preis von 300 M auf den Kopf eines jeden Reichswehrsoldaten ausgesetzt habe. Am 6. Mai wurde der Angeklagte mit seinem Kameraden Kreiner zwei einer Schießerei auf der Straße. Diese rührte von einem Gefangenentransport her, der die Straße heraufkam. Alles flüchtete: „Das sind Sportabschüsse, die gehören alle erschossen!" Mehrere Vorgesetzte und auch wir Mannschaften schlossen uns dem Zug an. Wir fanden niederstehl, was dem das für Beute sein. Darauf hieß es, die habe man in einem Hinterraum eines sozialdemokratischen Vereinshauses versammelt gefunden. Sie hätten einen Posten vor dem Lokal aufgestellt und gedrohn gesagt. Es seien auch Maschinengewehre und Waffen bei ihnen gefunden worden. (Protestrufe im Zuhörerraum.) Wir gingen dann mit und hörten plötzlich einen Schuß fallen. Gleich darauf fiel ein Sanitätsfeldwebel im Zuge tot zu Boden. Wir beobachteten auch, daß mehrere Gefangene Waffen fortwarfen und daß der tödliche Schuß auf den Sergeanten aus der letzten Gruppe der Gefangenen gekommen war. Wir kamen dann in den Hofraum und alles stürmte auf die Gefangenen zu. Es wurden auch mehrere der Gefangenen Sachen und Waffen abgenommen. Vorsitzender: Das hat bisher noch niemand behauptet, daß die Leute Waffen gehabt haben, auch Ihre Kameraden nicht. Angeklagter: Es wurde doch aber auf einen Kameraden geschossen. Später ging ich dann in den Keller hinunter, wo die anderen schon über die Gefangenen hergestürzt waren und alle schrien: Die gehören auch erschossen! Ich schoß nun mit meiner Pistole auf die Sportabschüsse, und da es eine mächtige Schießerei wurde, wurde ich sehr erregt. Auf etwas anderes kann ich mich nicht mehr besinnen. Vorsitzender: Haben Sie die Leute wirklich für Spartakisten gehalten? Angeklagter: Aber selbstverständlich. Wenn ich eine Ahnung gehabt hätte, daß es sich um ganz harmlose Leute handelte, hätte ich niemals einen erschossen. Ich ist betrunken war, kann ich nicht sagen, aber etwas angeheitert war ich. Wir waren mindestens 10 Mann, die geschossen haben. Vorsitzender: Nachdem Sie ihre Munition verschossen hatten, sollen Sie mit dem Seitengewehr auf die Leute eingestochen haben. Im Keller sollen Sie irgendwelche Befehle überhaupt nicht abgewartet, sondern gleich weiter gemordet haben und von denen gewesen sein, die kommandierten: Niederlegen! Sie sollen sogar den ersten Befehl zum Erschießen gegeben, auch noch auf die am Boden liegenden Opfer eingestochen haben. Angeklagter: Das ist ausgeschlossen. Vorsitzender: Die Zeugen werden übereinstimmend bekunden, daß Sie mit ein Kalender gewesen seien. Verschiedene Leute haben den Eindruck gemacht, die Unglücklichen aus Ihren Händen zu erretten, aber Sie haben gesagt: Geht fort, somit erschieße ich Euch auch noch! Dabei haben Sie an den Leuten Ihren Revolver auf die Brust gesetzt. Angeklagter: Da muß ich geistesabwesend gewesen sein. Ich weiß davon nichts. Der Vorsitzende richtete dann an den Angeklagten die Frage, was er in bezug auf die Mitangeklagten wisse. Angeklagter: Ich weiß nichts. Vorsitzender: Dann müssen Sie irgendwo Ihr Gedächtnis verloren haben, denn in der Voruntersuchung haben Sie vor allem Ihren Kameraden Matowski in schwerster Weise belastigt. Angeklagter: Wenn ich alles aufzeichnen wollte, wäre noch schlimmer. Matowski hat damals in der Aufregung gesagt habe, so müßten mindestens zwanzig Personen mehr auf der Anklagebank sitzen. (Bewegung.)

Es wird dann der zweite Angeklagte, der Wirtschaftsbesitzer Matowski vernommen. Er bekundet, daß er am 6. Mai abends im Café Maria Theresia gesessen habe, als gegen 9 Uhr abends der Zug der Gefangenen vorüberzukommen sei und ein Wirtschaftsbesitzer ihn gebeten habe, auf die Leute mit Obacht zu geben. Unterwegs sei der Sanitätsfeldwebel Schütze plötzlich tot umgefallen. Da die Kugel aus den Reihen der Gefangenen kam, wisse er nicht. Dann sei noch der Führer der Truppe, Hauptmann Lang, plötzlich verschwunden. Daraufhin habe er sich verpflichtet gefühlt, das Kommando zu übernehmen. Der Angeklagte erinnert sich, daß mehrere Personen sich zugunsten der Gefangenen verwendet hatten, aber da wurden Reste der Gefangenen sicher: Da sind wir begeistert, um Sportabschüsse auszuheben, und jetzt soll man noch von uns verlangen, daß wir die Brüder laufen lassen! Der Angeklagte Matowski bestätigt dann den Hauptangeklagten Müller schwer. Ich selbst habe nichts getan, sondern bin lediglich bemüht gewesen, die Leute in Sicherheit zu bringen. Die Angeklagten Grabal und Kreiner bestreiten ebenfalls, sich an den Grausamkeiten beteiligt zu haben.

Bei der Beweisaufnahme bekundet der Gerichtsarzt, daß der Angeklagte Müller wohl infolge der langen Haft und des Wutgemusses erregt gewesen sein könne. Für sein Tun sei er jedoch verantwortlich.

Verabschiedung von Generalen.

An die Redaktion des „Vorwärts" hat der Reichswehrminister am 20. d. Mts. folgende Zeilen gerichtet:

„Im „Vorwärts" vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich weit abrücke. Wenn dort von „herausmerfen" des einen und „im großen Bogen folgen" des anderen gesprochen wird, so kann ich es nur verurteilen, wenn in einer derartigen Weise von Männern gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von meinen trennen, deren langjährige Friedens- und Kriegsdienste sie aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Gleichstellungsrat nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren."

Statt des M. A. B.: Es handelt sich um die Generale Graf Waldersee und von der Goltz.

Die Vorbereitung der Reichsschulkonferenz.

Einsetzung eines Ausschusses.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Koch wurden gestern früh die Verhandlungen der Reichsschul-Konferenz fortgesetzt. Regierungsrat Dr. von Zahn und Geh. Regierungsrat Schirach besprachen den Abschnitt der Verfassungsbestimmungen „Bildung und Schule" (Artikel 142—150) vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus und erörterten die mannigfach auftauchenden Fragen der Auslegung der einzelnen Anordnungen der Verfassung und der notwendig werdenden gesetzlichen Festlegungen und Ausführungsbestimmungen. Die Vorschläge der Referenten waren in einem längeren Schriftsatz niedergelegt.

Die Besprechung wurde vom Reichsminister Dr. Koch eingeleitet, der feststellte, daß die in dem Wortlaut der Verfassungsbestimmungen vorhandenen Schwierigkeiten der Auslegung nicht überschätzt werden dürften, und daß sich in den Ausführungsbestimmungen und in den Reichsschulgesetzen die nötige Klärung und gesetzliche Festlegung erzielen lassen werde. In der Besprechung der einzelnen Artikel ergab sich in den meisten Fällen ohne Schwierigkeit eine einheitliche authentische Interpretation für die Verwaltung und für die zukünftige Gesetzgebung des Reichs und der Länder.

Von verschiedenen Seiten wurde verlangt, daß die Reform des Lehrerbildungswesens als eine der dringlichsten Fragen der Schulgesetzgebung schon in dem kleinen Reichsschulgesetz, das möglichst schon im Januar eingebracht werden soll, geregelt werden müsse. Die Konferenz einigte sich dahin, die Angelegenheit dem in Aussicht genommenen ständigen Ausschuß zu übergeben, der, wenn möglich, die Grundsätze für die Lehrerbildung schon für das kleine Reichsschulgesetz aufstellen soll.

Ueber die Frage der Aufbringung der Kosten für die (an Volksschulen und Fortbildungsschulen unentgeltlich zu liefernden) Lehrmittel sollen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium gepflogen werden.

Die Frage, wie viele Jahre die Grundschule dauern soll (Art. 146, Abs. 1), soll dem Ausschuß überwiesen werden, der sie daraufhin prüft, ob die Regelung der Dauer noch im kleinen Reichsschulgesetz möglich sein wird.

Einen breiteren Raum in den Verhandlungen nahm die Besprechung der Auslegung der Bestimmungen des Art. 146 Abs. 2 über die Errichtung von Bekenntnisschulen ein („Schulkompromiß"). Die ganze Materie wurde schließlich ebenfalls dem Ausschuß überwiesen mit der Maßgabe, daß die Angelegenheit wegen ihrer Dringlichkeit so bald wie möglich geregelt werden müsse.

Der Ausschuß wurde zum Schluß der Sitzung festgesetzt. Er besteht aus 34 Mitgliedern, von denen Preußen 3, Bayern, Sachsen und Württemberg je 2, die andern Ländern je 1, der deutsche Städtetag 2, der Reichsstädtebund und der Verband der größeren deutschen Landgemeinden je 1 Vertreter stellt. Die Konferenz wurde dann auf Mittwoch vertagt.

*

Die Unterrichtsminister der Freistaaten haben sich in einer engeren Besprechung unter dem Vorsitz des Reichs darüber geeinigt, dem preußischen Erlaß über die Zulassung der Volksschullehrer zum Hochschulstudium im Prinzip vorbehaltlich der Regelung der in den einzelnen Ländern verschieden gelagerten Fragen zuzustimmen. Die Minister verlangen mit großer Besorgnis den Zudrang zu den höheren Lehranstalten und zu den Hochschulen. Sie erblicken darin die Gefahr einer Ueberfüllung der Berufe mit akademischer Vorbildung, die zu den unerwünschten Zuständen führen würde. Es ist deshalb wünschenswert, daß auch die Abiturienten der höheren Schulen sich den Berufen ohne akademische Vorbildung zuwenden.

Die bayerischen Bischöfe zur Schulfrage.

Die bayerischen Bischöfe haben in einem Hirtenbrief, der für alle ihre Diözesanen richtetes, in schärfster Form gegen die Neuordnung des Schulwesens Stellung genommen. Der Hirtenbrief wendet sich vom einem „Kulturkampf der Revolution" gegen den die Kirche energisch Stellung nehmen müsse. Weiter heißt es heißt der Hirtenbrief weiter, die Schwierigkeiten noch weitere Gleise in der Richtung auf die religionslose, staatliche Zwangsschule legen, so werde die Stunde kommen, da die Bischöfe den katholischen Eltern sagten, keine Verfassung, kein Gesetz, keine Verordnung könne die Eltern im Gewissen verpflichten, ihre Kinder zum Besuche der Staatsschule anzuhalten, wenn diese Schule einen Gottesdienst an den Kindern treibe. Der Hirtenbrief ist um so bedeutsamer, als ja das Zentrum selbst der Regelung der Schulorganisation beigestimmt hat, wie sie durch die Verfassung festgelegt worden ist, und wie sie durch ein besonderes Reichsgesetz noch näher präzisiert werden soll.

Reichsminister Dr. Geßler.

Der neue Minister für den Wiederaufbau, Dr. Otto Geßler, steht im 45. Lebensjahre. Er wurde am 6. Februar 1875 in Ludwigsburg geboren studierte in Erlangen Rechts- und Staatswissenschaften, erwarb sich 1901 den juristischen Doktortitel und trat dann in die juristische Laufbahn ein. Er war u. a. längere Zeit Hilfsarbeiter im bayerischen Justizministerium Staatsanwalt in Straubing und wurde 1905 als Gewerberichter nach München berufen. 1910 wurde er mit den liberalen Stimmen zum ersten Bürgermeister von Regensburg gewählt und 1913 trat er als Nachfolger des Oberbürgermeisters Wirklichen Geheimen Rats Dr. von Schuh an die Spitze der Kommunalverwaltung von Nürnberg. In dieser Stellung hat er sich während einer fechsjährigen Amtszeit als Mann von großer Tatkraft und reicher Initiative bewiesen.

A. München, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" erfahren, hat sich der neue Reichsminister Dr. Geßler zur Annahme des Reichsministeriums für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nur schwer entschlossen. Die Entscheidung ist ihm, der seit Jahren vor Beginn des Krieges an die Spitze der Stadt Nürnberg berufen wurde und durch die Stürme der Kriegsjahre, der Revolution und des Zusammenbruchs des deutschen Wirtschaftslebens sich mit ihrem Geschicke innerlich aufs innigste verbunden gefühlt habe, sehr schwer geworden. Erst gestern in vorgerückter Abendstunde, nach den letzten Unterredungen mit den Reichsstellen in Berlin, faßte er den definitiven Entschluß. Die Erwägung sei bei ihm ausschlaggebend geworden, daß es zu augenblicklich Pflicht sei, die Interessen des Reiches über die der Stadt zu stellen.

Die Verleumdungen in der Gefangenenfrage.

Im Sommer dieses Jahres tauchten in Deutschland eine Reihe von Meldungen auf, wonach deutschen Kriegsgefangenen von britischen Lagerbehörden bekanntgegeben worden sei, daß die deutsche Regierung die Schuld daran trage, wenn die Heimschaffung der Gefangenen noch nicht stattgefunden habe. Das Auswärtige Amt hat daraufhin seinerzeit sofort die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin um ihre Vermittlung gebeten, um bei der britischen Regierung gegen die Verbreitung derartiger Nachrichten ernsten Einspruch zu erheben und mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten über die Haltung der deutschen Regierung in der Frage ihrer Heimschaffung nicht länger irregeführt, sondern umgehend wahrheitsgemäß aufgeklärt würden.

Wie die bezeichnete Gesandtschaft auf Grund der in London unternommenen Schritte nunmehr mitgeteilt hat, ist von der britischen Regierung die Versicherung abgegeben worden, daß die nötigen Maßnahmen eingeleitet seien, um die Angelegenheit gründlichst zu untersuchen und dafür zu sorgen, von welcher Seite auch immer kommenden Versuch, die deutsche Regierung auf diese Weise zu verdächtigen, nachdrücklichst entgegengetreten würde.

Die Schweizerische Gesandtschaft in London hat bei diesem Anlaß darauf hingewiesen, daß ihr Delegierter bei Besuch der Gefangenenlager stets bemüht gewesen ist, die Gefangenen über den wahren Sachverhalt aufzuklären und zu betonen, daß sowohl die deutsche Regierung wie auch die zu diesem Zwecke gebildeten privaten Vereinigungen nichts unterlassen hätten, um die sofortige Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zu bewirken.

Ein Gegenvorschlag zum Elektrizitätsgesetz.

Zu dem Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft ist namens sämtlicher preußischer Provinzen bei der Nationalversammlung ein Gegenvorschlag eingereicht worden.

Die Provinzen erklären in dem Gesetzentwurf der Reichsregierung die Gefahr, daß die Verwaltung der Elektrizitätsversorgung in der Hand einer bureaukratischen Verwaltungsstelle des Reiches die lebendige Weiterentwicklung der Elektrizitätswirtschaft hemmen und unterbinden und in tatsächliche Fesseln legen würde. Die Provinzen halten demgegenüber zur Verwirklichung des dem Gesetzentwurfe zugrunde liegenden richtigen Gedankens einer planmäßigen und gemeinwirtschaftlichen Zusammenfassung der Elektrizitätswirtschaft allen der Bildung von selbständigen Bezirksgesellschaften für zweckentsprechend, in denen sich die kommunalen Selbstverwaltungsträger insbesondere die Provinzen, ihrer Bedeutung und ihrer Interessen entsprechend beteiligt können. Für die notwendige Einheitlichkeit in der Bilanz und Führung dieser Bezirksgesellschaften wird in den überreichten Vorschlägen durch die Errichtung einer Reichsgesellschaft vorgesorgt, deren wichtigste Beteiligungen dem bestimmenden Einfluß der Reichsregierung unterliegen. Für die Mitwirkung dieser Reichsgesellschaft wird die sachverständige Mitarbeit der in der Elektrizitätswirtschaft erfahrenen Persönlichkeiten in ihren Organen sichergestellt. Die Einrichtung der Reichsgesellschaft scheint sich an das bewährte Vorbild der Reichsbank zu anlehnen und bietet dem Reiche eine Gewinnbeteiligung an der gesamten deutschen Elektrizitätswirtschaft ohne die Festlegung von verhältnismäßig hohen Mitteln und ohne die Elektrizitätswirtschaft als Reichseigentum einem etwaigen Zugriffe der Entente möglich zu stellen. Die Möglichkeit, die zum organischen Aufbau der Elektrizitätswirtschaft erforderlichen bedeutenden Mittel aus dem freien Kapitalmarkte aufzubringen, bestehen wichtigen Zweig unserer Wirtschaftslebens vor der Gefahr, bei unzulänglichem Stand der öffentlichen Finanzen zu verkümmern.

Deutsches Reich.

Die Versetzung der Beamten des abgetretenen Gebiets.

Ueber die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand hatte der demokratische Abgeordnete Schneider-Saarlouis an die Reichsregierung eine dringende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sich die Verordnung vom 25. September 1919 auch auf diejenigen unmittelbaren Staatsbeamten erstreckt, deren Amt infolge Abtretung des Gebietes aufhört. Die Regierung hat eine bejahende Antwort dahin erteilt, daß die Versetzung der Beamten aus den abgetretenen Gebieten durch den Beschluß des Staatsministeriums vom 26. Juli 1919 geregelt wird. Demnach werden hier in Frage kommende unmittelbare Staatsbeamte möglichst in gleichwertigen anderen Dienststellen unter Zahlung der bestimmungsmäßigen Umzugsgelder versetzt worden. Das gilt auch von den an Kündigung oder Widerruf angestellten Beamten.

Das angebliche Vorpostengefecht zum Prozeß gegen Helfferich.

Mehrere Blätter behaupten unter der Ueberschrift: Ein Vorpostengefecht zum Prozeß Helfferich-Erzberger, daß Herr Erich Dombrowski vom „Berliner Tageblatt" sein gegen Dr. Helfferich verwertetes Material in der Angelegenheit der Kolonialvorgesetzten der Deutschen Bank direkt oder indirekt durch Reichsminister Erzberger erhalten habe. Demgegenüber erklärt Reichsminister Erzberger, daß er weder vom Inhalt des erwähnten Materials Kenntnis gehabt, noch in irgendeiner Weise herrn Dombrowski in der Angelegenheit direkt oder indirekt unterstützt habe. Vielmehr ist die ganze Angelegenheit erst durch die Veröffentlichung im „Berliner Tageblatt" zu seiner Kenntnis gelangt.

Die Leipziger Unabhängigen für die dritte Internationale.

In einer Resolutionsmehrheit der Leipziger Unabhängigen wurde nach längerer Aussprache eine Entschließung angenommen, die sich für das sofortige Ausscheiden der unabhängigen Sozialdemokratie aus der zweiten Internationale und für die Nichtbeschickung der Genfer Konferenz ausspricht. Die Entschließung fordert weiter die Beteiligung an der dritten Internationalen. Für diese Entschließung stimmten 910, gegen sie 467. Die Gegner der Entschließung hatten gefordert, daß er Genfer Kongreß beschickt werden sollte, um dort den Kampf mit den deutschen Mehrheitssozialisten aufzunehmen und die Grundlage zu einer Internationalen des revolutionären Proletariats der Welt zu schaffen. Die Mehrheit hat mit diesem Beschluß eine Orientierung der unabhängigen Sozialdemokratie nach der bolschewistischen Seite, wie sie zuerst sich in Rußland verkörpert, vorbereitet. Die Gewerkschaftsfrage bleibt offen, bevor Verbandsvorstand und Ortsverwaltung nicht mit den Mitgliedern Fühlung genommen hat.

Die Tagung des Metallarbeiter-Verbandes.

Zu dem gestrigen Bericht über die Statutenberatung ist nachzutragen, daß gegen den Kompromißantrag zu § 1 Richard Müller-Berlin Bremen erwog, weil dieser Fassung mit der dem eingeschriebenen Verbande eine Gewerkschaftsmacht eines Industrieverbandes nicht im Einklang stehe. Da für den Kompromißantrag die für statutenänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht vorgesehen war, blieb § 1 des alten Statuts bestehen. Die Entschließung Müller ist damit obsolet wie der ganze Dilemma Eingebrochte als bloße Willenskundgebung des Verbandstages zu betrachten.

Die Bestimmung über die Erwerbslosenunterstützung ergab keine Mehrheit für deren Erhöhung. Beschlossen wurde, die Krankenunterstützung mit den bestehenden Sätzen der Arbeitslosenunterstützung gleichzustellen. Das Sterbgeld wurde in Klasse I erhöht auf 60 ℳ nach § 2, II auf 40 ℳ nach 572 Beitragswochen.

Die Urabstimmung in Großsachsen.

W. Stettin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In Großsachsen war zwischen der Arbeiterschaft und dem Besitzer der „Großsachsener Zeitung" ein Konflikt entstanden. Die Arbeiterschaft verlangte, daß die Zeitung den Ausdruck „Großsachsener Grundschulen" aus ihrem Namen streichen aufgerufen sollte. Dieses Ansinnen wurde von der Zeitung abgewiesen, worauf die Arbeiter heute früh entlassen wurden. Die gesamte Arbeiterschaft streikwaldes drohte nun mit dem Generalstreik. Durch das Eingreifen des Reichsgewerbekommissars in Stettin ist es gelungen, die Streikgefahr zu beseitigen. Die Zeitung erscheint, aber die Arbeiter von denjenigen Artikel anders aufgefaßt hätten als er gemeint war. Alle Arbeiterinnen nehmen die Arbeit wieder auf. Gleichzeitig unterschrieben der Verlagsleiter einer Streik, der zwischen Direktor Dr. Stark und dem Vorsitzenden Bohrmann ausgesprochen war. Der Reichsarbeitsminister sicherte zu, daß er den Minister des Innern bitten werde, einen Kommissar nach Greifswald zu entsenden, um die ganzen Verhältnisse in Großsachsen, die zurzeit sehr trübe sind, zu prüfen und Ordnung zu schaffen.

Keine neue Erfindung.

Aus München wurde kürzlich gemeldet, daß in einer Werkzeugmaschinenfabrik bayerischer Lokomotiv-Maschinen eine Erfindung vorgeführt worden ist, die in Hohenzollern aus Württemberg gemacht habe, und zwar handelte es sich um den Schweißer der Eisenbahn an der Lokomotive und der Lokomotive. Wie uns dazu von zuständiger Seite mitgeteilt wird ist der preußisch-hessisch-Staatseisenbahnverwaltung bereits seit längerer Zeit ein Schweißer in Gestalt einer Lokomotive der Lokomotive in größerem Umfange durchgeführt worden. Eine neue Erfindung kann hier also nicht in Frage kommen.

Wirtschaft und Recht.

Ein Reichsforst- und Holzwirtschaftsrat.

Die Frage der Holzversorgung Deutschlands stellt im Rahmen der Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft nach Kriegsende wichtige Aufgaben an die Forst- und Holzwirtschaft. Bei stark geminderter Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedensvertrags — muß in sämtlichen Waldungen Deutschlands der Grundsatz geregelter werden. Bei der Holzhauerei „um von einer Kontrolle der Ein- und Ausfuhr nicht abgetreten werden. Bei der Ausführung neuer Handelsbeziehungen mit dem Ausland werden die Bedingungen über Holzeinfuhr und -ausfuhr, somit auch ihre Dauerhafte eine wichtige Rolle zu spielen. Vorzugsweise wird dem geminderten Holzeinfuhr und geringerer Ausfuhr — besonders für Nutzholzversorgung an die Entente in Ausführung des Friedens-

Aus Groß Berlin.

Die Schiedsgerichtsverhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Die Konfliktlerung des Schiedsgerichts im Metallarbeiterstreik ist am gestrigen Vormittag 10 Uhr auf der von beiden Parteien vereinbarten Verhandlungsgrundlage vom 16. Oktober unter Leitung des Vorsitzenden, Geheimrat im Reichsarbeitsministerium, Geh. Rat, erfolgt. Als unparteiische Schiedsrichter sind vom Reichsarbeitsministerium Ministerialrat a. D. von Moellendorff, Minister a. D. Wissell und Stadtrat Dr. Simonsohn als Stellvertreter ernannt worden. Ihnen treten sechs weitere Beisitzer, die als Vertrauensleute der Verbände von diesen selbst bestimmt sind. Nach Beisitzung der Geschäftsordnung des Schiedsrichts haben die Vertrauensleute zur Erreichung der Arbeitergruppen in die einzelnen Betriebsklassen sofort eingesetzt und werden mit größter Beschleunigung zu Ende geführt werden.

Eine Wiener Studentenumschau in Berlin. Vom Wiener Magistrat sind der Magistratsrat Dr. Anto Schlesinger, der Magistratsrechnungsrat Dr. Arnolf Jaeger, der Magistratssekretär Anton Winkler, der Oberrechtsrat vom städtischen Gesundheitsamt Dr. Alfred Freund, der technische Verwalter des Stadtbauamts Reinhold Kumier, der Oberbaurat Leiter Rudolf Kauer und der Bauinspektor Ingenieur Gustav Korb ein eingetroffen, um die Berliner Einrichtungen in Stadtverwaltung und Polizei sowie das Zusammenarbeiten dieser beiden Behörden kennen zu lernen. Mit besonderem Interesse wollen sie die Gewerbe-, Bau- und Gesundheitspolizei studieren. Ihren ersten Besuch haben sie gestern dem Polizeipräsidium abgestattet. In den nächsten Tagen werden sie den Oberbürgermeister und dem Minister des Innern ihre Aufwartung machen.

Das Besinnen Hauses. Wie die „B. P. N." aus Kreisen der Nationalversammlung erfahren, ist im Besinnen des Abgeordneten Haase, welcher gestern abend als aufgegeben galt, eine leichte Besserung eingetreten, so daß man doch hoffen darf, wieder über die Auffassung einer Genesung urteilt. Doch ist zurzeit einen Optimismus noch kein Anlaß. Der Patient ist bei vollem Bewußtsein und ist sein Geist seines Zustandes vollkommen klar.

Schön berger Stadtratswahlen. Die gestrigen Stadtratswahlen in Schöneberg hatten folgendes Ergebnis: es wurden zwei Vertreter der S. P. D. gewählt, nämlich die bisherigen Stadträte Dr. Bernstein, Oestreich, Eichelbardt und der frühere Stadtrat Herr. Mo Kondor, zwei Vertreter der Demokraten, die Stadträte Haas, Rod und Burat Schüler, ein Vertreter der U. S. P. D. Stadtrat Dormall, und auf Bürgerliste der Nationalsozialisten, nämlich die bisherigen Stadträte Krebs, Müller, Wittig, Dr. Kratzsch und der Stadtverordnete Dr. Schneider. Auf Liste der Wahlkreisen aus dem Magistratskollegium die Stadträte Hartl und Wachsmannsdorf aus. In der darauf stattfindenden Wahl von zwei Vertretern für die Verbandsversammlung Groß Berlin wurden Stadtrat verordneter Dr. Koch (Neue Frat.) mit 64 und Stadtverordnetenvorsteher Cleinapolt (Zeo.) mit 49 Stimmen für den ausgeschiedenen Stadtpräsidenten Dr. Lohmeyer und den verstorbenen Stadtrat Dr. Bamberg (Zeo.) gewählt.

Das Bureau des Demobilmachungsausschusses Groß Berlin befindet sich jetzt Motzenstraße 9/10 III. Es ist für die aus Kriegsgefangenschaft von der Bilanz heimkehrenden Angehörigen zu erreichen durch Amt Magistrat Nr. 660 und Zentrum Nr. 13 8.

Die Vereinigung von Obervormündern im Baukgewerbe hat in ihrer Hauptversammlung am 19. d. M. im Kunstlerhaus zu den Arbeiten des 7. Ausschusses für soziale Angelegenheiten der Nationalversammlung zu Bürgerversammlungen Stellung genommen und hat folgende Entschließung zum Beschluß gefaßt, in der es u. a. heißt: „Die Hauptversammlung und der Vorstand von Obervormündern im Baugewerbe erklärt nochmals an die Deutsche Nationalversammlung und den Reichstag das dringende Ersuchen, das Gesetz über die Vormundschaft nur in einer Fassung zu verabschieden, die der Stellung und Bedeutung der leitenden Angestellten gebührend Rechnung trägt. Zum mindesten müssen die leitenden Angestellten unentzeldlich des Vormundes eine durch die jetzige zu wählende Vertretung erhalten.

Eine Groß Berliner Philologenkommission. Die an den staatlichen und städtischen höheren Lehranstalten Groß Berlins beschäftigten Direktoren, Studienräte, Oberlehrer, Stadtassistenten und Studienassessoren haben auf Anregung des Berliner Philologenvereins durch schriftliche Abstimmung eine „Groß Berliner Philologenkommission" zur Vertretung der gemeinsamen Schul- und Standesinteressen gebildet. Die Kommission, die aus 21 Mitgliedern besteht, hat zu ihrem Vorsitzenden Direktor Dr. Bode in Charlottenburg und zu ihrem Stellvertreter Oberlehrer Kleine in Steglitz gewählt. Die Groß Berliner Philologenkommission hat den Unterrichtsminister gebeten, sie von jetzt an in allen allgemeinen Angelegenheiten des staatlichen und städtischen höheren Schulwesens in Groß Berlin gutachtlich zu hören.

Feuer im Theater in der Königsgrätzerstraße alarmierte am Dienstag nachmittag die Berliner Feuerwehr, die sofort in großer Stärke ausrückte, aber nur mit einem Löschzug aus der Schöneberger Straße in Tätigkeit zu treten brauchte. Es brannte im Zuschauerraum des Lichtspielhauses unter dem ersten Rang, in einem Kostümraum. Nach Ausbruch des Feuers wurde der gefährliche Brand durch eine Schaumlöschgranate gelöscht, das Feuer schnell zu löschen. Die Feuerwehr entfernte die brennenden Teile und trug zur Vorsicht einen Teil der Decke ab.

Seitenlinien mit Motorwagen. In der letzten Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen Straßenbahnen mit Motorwagen Anhänge zu benutzen versuchen. Diese Seitenlinien sind um so gemeingefährlicher, als dadurch sehr begehrte Arbeitsmittel unter eigenen Kranken entzogen werden und die Bevölkerung bunt angestellen wird. Im Kampf gegen solche Seitenlinien ist es der Abteilung „Wiederaufbau" des Reichsverwertungsamts in letzten Tagen gelungen, einen Schieber festzunehmen, der Motorfahrzeuge über Wasser im Ausland verkaufen wollte, und ihm Medikamente im Werte von 200 000 ℳ abnehmen. In ähnlichen Fällen gelang es in Berlin 300 Schachteln Morphium, die verschoben werden sollten, mit Beschlag zu belegen.

Nach der dritten Zone der besetzten Rheingebiete dürfen in Begleitung jetzt auch Jagdwaffen und Jagdmunition verlangt werden. Die Ausrüstung schließlich Mitteln unter den von den Ausschüssen der Paktkommission zu dem Pakt ein nach Orten in der französischen Zone des besetzten deutschen Rheingebiets ist verboten.

Der Hilfsausschuß für Rheinländer, Berlin W. 56, Oberwallstraße 22, hat seine Geschäftsstelle nach Berlin W. 10, Sigismundstraße 7, verlegt.

Lufthilfe „Bodensee" fährt am 23. nach. Nächste Fahrten finden statt am 25., 27., 29., 31. Oktober, 3. November und weiter an den ungeraden Tagen.

Letzte Meldungen.

Versailles, 21. Oktober. Nach Meldungen aus Tokio wird der Mikado gegen Ende dieses Monats den Friedensvertrag von Versailles ratifizieren.

Amsterdam, 21. Oktober. Die „Times" melden aus Omsk, daß sich ein amerikanischer Japan eingetroffen ist.

Washington, 20. Oktober. (Reutermeldung.) Der Kriegssekretär Baker teilt mit, daß amerikanische Truppen zu Polizeizwecken in Schlesien oder in irgendeinem anderen Lande, für das eine Volksabstimmung geplant sei, nicht verwendet werden, bevor der Senat den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert hat.

A. Zürich, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag ist der erste Zug mit 600 deutschen Zivilinternierten aus Frankreich abgegangen. Am 2. November werden die letzten Internierten Italiens verlassen. Man schätzt die Zahl der heimzubefördernden Internierten auf 5000.

A. Frankfurt a. M., 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, sind die Forderungen der Eisenbahner durch Entscheid des Marschalls Foch zu Zeitlichen stellend erledigt worden. Danach fällt die Grubenpolizei der Gefangenen gegenüber den französischen Offizieren fort. Die Abhaltung von Versammlungen ist unentzeldlich erleichtert. Die Beschwerdeschaften und Auskünfte müssen von der interalliierten Kommission in Trier gehört werden. Die Durchschleusung der farbigen Kolonialtruppen unterbleibt bei der Eisenbahnbehörde unbeimgestellt. Die Forderung der Eisenbahner auf Beseitigung aller heimgesandten Beamten sich der Ausführung der Anordnungen der Zentralbehörde in reaktionärer Weise widersetzen, soll stillgemäß ausgeführt werden.

A. Zürich, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern wurde die Wiedergutmachung der Gewaltregelung des bekannten deutschen Seidenindustriellen Bendelberg, der seit vielen Jahren in Zürich seinen Wohnsitz hatte, unter sofortiger Beseitigung aus und ausländischer Kunstreise ihren Anfang. Besonderes Interesse erregte das Verhalten zweier deutscher Meister. So erzielte ein Bild von Defregger einen Preis von 5500 Franken, Grützners „Das rechte Fest" und „Weinprobe" erzielten 1400 und 1600 Franken. Von Voghs Blumenstück „Dahlien" wurde mit 8100 Franken bewertet. Den Höchstpreis des ersten Versteigerungstages erzielte der Bertuch von Hodler. Das kleine Bildchen „Der Riese" stieg auf 7000 Franken, das „Genfer Mädchen" auf 4100 Franken.

O. Bochum, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In Gerlach ist heute nachmittag die gesamte Arbeiterschaft in den Ausstand getreten. Um 4 Uhr stellte auch die Straßenbahn ihre Tätigkeit ein. Der gesamte Verkehr am Niederrhein ruht. Seit 2 Uhr haben die Züge der Staatsbahn nicht mehr verkehrt. Bei einer Demonstration, die unter freiem Himmel stattfand nahm an der mindestens 15 000 Personen teilnahmen, wurde in einer Entschließung entschiedener Protest gegen die Uebergriffe der belgischen Besatzungstruppen erhoben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Weihnachtsversteigerung. am Mittwoch, den 10. Dezember, Donnerstag, den 11. und Freitag den 12. Dezember 1919, je vormittags 11 u. 3, läßt die Städtische Pfandanstalt Berlin im Dienstgebäude Grunerstraße 20 an Nebenstraße 20, ihre 200 Jahre Geschäftsjahr unter Gewährung aus den Pfandanstalt Ausnahmen, Silberwaren, Kabinettschmuck, Gemälde, Uhren, Musikinstrumente, Photographen und Photoapparate, Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Kleidern, Pelzwaren und Schuhen zur Versteigerung bringen. Außer Qualitätsware aus den guten Jahrgängen 1913 und 1917 der Versteigerung. Näheres über den Termin für die Besichtigung siehe Anzeigenteil.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Deutsche Volkswirtschaft.

„Holländische Kohle". In der letzten Zeit wird der deutsche Kohlenhandel mit Offerten überschwemmt, die von Firmen aus dem besetzten Gebiet oder dem neutralen Auslande ausgehen und in denen namentlich amerikanische Kohle und man sollte es kaum für möglich halten, auch holländische Kohle angeboten wird. So liegt uns ein Offertschreiben einer Dortmunder Firma vor, die sich Schiffsmakler, Reeder und Spediteure nennt und ausserdem noch sich mit Braunkohlenlieferungen, Schleppschiffahrt, Massentransporten usw. befasst. Diese Firma offeriert amerikanische Gaskohlen frei Schiff Duisburg mit 34 Dollar pro 100 kg und frei Schiff Mannheim mit 36 Dollar pro 100 kg. Ferner ist die Firma, wie sie schreibt, in der Lage, jede Menge holländischer Grubenbraunkohlen zum Preise von 23 Gulden frei Schiff Duisburg pro 100 kg und 29 Gulden frei Schiff Mannheim pro 100 kg zu liefern. Diese Offerte holländischer Kohle muss eigentümlich berühren, wenn man bedenkt, dass Holland selbst unter ausserordentlichem Kohlenmangel zu leiden hat und dass das von Deutschland an Holland zu liefernde Quantum nicht sum mindesten ausreicht, um den Bedarf zu decken. Wenn von Holland also jetzt Kohlen ausgeführt werden können, so kann es sich nur um Brennstoffe handeln, die äusserst minderwertig sind und den allgemeinen Anforderungen nicht entsprechen. Dies geht auch aus den Zeilen der uns vorliegenden Offerte hervor, denn es heisst, dass diese sogenannte Grubenbraunkohle in Verbindung mit anderen Kohlen in Holland Verwendung findet. Dazu kommt noch, dass der geforderte Preis von 23 oder 29 Gulden pro 100 kg in keinem Einklang zu dem wirklichen Wert der Kohle steht. Es würde dieser Preis in Mark umgerechnet die ungeheure Summe von ca. 33 000 M für 10 t bedeuten. Vergleicht man diesen Preis mit dem für unsere gute Braunkohle, so ergibt sich ein Preisunterschied von ca. 24 000 M, denn bei uns kosten heute 10 t nur 673.50 M. Eine andere Frage ist die, ob die von vielen Stellen offerierte Kohle überhaupt in dem Umfange erhältlich ist. Es kann sich unseres Erachtens nur um kleine Posten handeln, die in sogenannten Grenzgeschäften gehandelt werden. Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dürfte man bei dem jetzigen Stande unserer Valuta für derartige Offerten nur so viel übrig haben, dass man sie dorthin befördert, wo sie hingehören, nämlich in den Papierkorb.

Zur Regelung der Ein- und Ausfuhr mit der Tschecho-Slowakei. Vor kurzem hat, wie wir an massgebender Stelle erfahren, im Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhr unter Beteiligung des Reichswirtschaftsministeriums eine zwanglose Besprechung mit Vertretern des tschecho-slowakischen Handelsministeriums unter Beisein des Staatssekretärs Schuster aus Prag stattgefunden, die der Beseitigung von einigen Schwierigkeiten galt, welche sich in der praktischen Durchführung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen auf beiden Seiten ergeben hatten.

Die erste Mannheimer Warenbörse. Aus Mannheim wird uns drahtlich gemeldet: Die zahlreich besuchte Warenbörse nahm einen sehr angeregten Verlauf. Feste Haltung bekundeten Eisen, Bleche und Blechwaren, Chemikalien, Schuhwaren und Leder sowie Textilerzeugnisse. Die Preise für Lebensmittel waren zwar gleichfalls etwas höher, doch entsprach diese Erhöhung meist lediglich der weiteren Verschlechterung der deutschen Valuta. Französische Schokolade war sogar etwas billiger, nämlich zu 28 M gegen 30 M in der Vorwoche per 1 kg zu haben. Schmalz war weniger stark angeboten und kostete 24,75 M das Kilo für spätere Termine und 25,25 M für prompte Lieferung ab Ludwigshafen. Einfuhrerlaubnis vorbehalten. Inländische Erbsen stellten sich auf 510 M, holländische auf 530 bis 540 M. Hafer auf 128 M für 100 kg frei Mannheim. Von Chemikalien wurde Zoresin mit 12,50 M das Kilo ab Lüneburg, französisches Terpentinöl mit 445 Frank ab Antwerpen (mit 17 % Tara), spanisches Harz je nach Qualität mit 146 bis 183 Frank gehandelt. Weihnachtskerzen wurden in grossen Posten zu kaufen gesucht. Die Schuhwarenpreise zogen weiter an. Für Gebrauchsschuhe wurden 70 bis 90 M, für Luxusschuhwaren 120 bis 180 M bezahlt. Da die Arbeiter der linksrheinischen Fabriken in einer Lohnbewegung stehen, glaubt man, dass der Höhepunkt der Schuhwarenpreise noch nicht erreicht ist. In Textilwaren erfolgten Abschlüsse in Plüsch und Samt zur Lieferung per Mai—November 1920. — Wie an der Börse bekannt wurde, hat die Handelskammer der Pfalz gegenüber Bestrebungen, auch in Ludwigshafen eine Warenbörse zu errichten, einen ablehnenden Standpunkt eingenommen, da in Mannheim genügend Gelegenheit zum öffentlichen Warenverkehr geboten sei.

Neue Stadtanleihe. Der Stadt Saarlouis ist die Genehmigung zur Ausgabe von 4½ % Inhaber-Schuldverschreibungen bis zum Betrage von 2 Millionen Mark erteilt worden.

Ausländische Volkswirtschaft.

Zum Kurssturz der Krone. Die „Neue Freie Presse" meldet, unter dem ernsten Eindruck des Kursesturzes der Krone werde in Paris erwogen, ob es nicht möglich wäre, bei Lieferung von Nahrungsmitteln ein festes Wertverhältnis zwischen der Krone und den fremden Zahlungsmitteln zuzugestehen, um so die Einfuhr zu erleichtern und gleichzeitig der Krone eine Stütze zu bieten.

Aktiengesellschaften.

Die Spinnerei u. Weberei Schwarzenbach (Saale) schlägt eine Erhöhung des Aktienkapitals von 800 000 M auf 1 600 000 M vor.

Die Tschechoslowakei unterhandelt, wie uns drahtlich gemeldet wird, wegen des Ankaufs etwa des dritten Teiles der Flotte der Vereinigten Elbeschifffahrtsgesellschaft. Der Preis soll angeblich das Vierfache des Bilanzwertes betragen.

Das Bankhaus E. Helmann in Breslau und die Dresdner Bank übernahmen, wie uns drahtlich gemeldet wird, 30 Millionen 4½ % zu 102 rückzahlbare Obligationen der Graf Henckel Donnersmarckschen Werke, welche bereits vollständig untergebracht sind.

Die der Gelsenkirchner Bergwerks-Akt.-Ges. gehörenden Hochöfen und Erzgruben in Deutsch Oth wurden, wie der „Frankf. Ztg." aus Luxemburg gemeldet wird, im Submissionswege von den Schneider-Creusot-Werken für 26 Millionen Frank erworben.

Devisenkurse.

Köln, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im freien Verkehr der Kölner Börse wurden notiert:

	21. 10.	20. 10.
Englische Noten	116½—116	118—117½—118
Französische Noten	32—30½	329—322—329
Belgische Noten	326—323	330—324½
Holländische Noten	1064—1063	—

Prag, 21. Oktober.

	K. v. 21. 10.	20. 10.		K. v. 21. 10.	20. 10.
Berlin	182,75	182,75	Wien	32,50	31,00
Marknoten	129,75	129,75			

Zürich, 21. Oktober.

	Kurs v. 21. 10.	Ver. Kurs		Kurs v. 21. 10.	Ver. Kurs
Berlin	20,10	19,90	Brüssel	66,20	65,40
Wien	4,90	4,7	Kopenhagen	121,00	121,50
Prag	15,1	15,1	Stockholm	186,1	186,00
Italiens	211,00	214,35	Christiania	137,1	138,25
New York	568,00	568,00	Petersburg	—	—
London	38,44	39,46	Madrid	107,1	107,00
Paris	64,00	65,0	Buenos Aires	248,00	247,00
Italien	51,80	55,00			

Amsterdam, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

	K. v. 21. 10.	20. 10.		K. v. 21. 10.	20. 10.
Berlin	9,821	9,413	Paris	30,45	30,85
Wien	2,50	2,45	Christiania	60,35	59,36
Schweiz	46,80	45,80	Brüssel	—	—
Kopenhagen	56,70	55,50	Madrid	—	—
Stockholm	88,25	84,50	New York	268 ¾	261¾
London	11,011	10,99	do. telegr. Auszahl.	264 ¾	258¾

Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums.

Bekanntmachung.
Die Jungfernbrücke zwischen der Alten Zeughäuser- und Spreefür fre wird bis auf weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. 2291
(B. M. II. m. T. 19.)
Berlin, den 18. Oktober 1919
Der Polizeipräsident.
Polizeibezirksamt Mitte.
J. A.: Freitheim.

Theater im Mittwoch, den 22. Oktober 1919.

Opernhaus.
Unter den Linden.
216. Abonnem.-Vorstellung.
Der Ring des Nibelungen.
Bühnenfestspiel v. Rich. Wagner.
Zweiter Tag: Siegfried in drei Akten von Richard Wagner.
Anfang 5 Uhr. — Zweiter Rang, 217. Abonnements-Vorstellung.
Bloetto. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Am Gendarmenmarkt.
228. Abonnem. Vorstellung.
Maria Stuart. Trauerspiel in 5 Akten von Friedr. v. Schiller.
Anfang 6½ Uhr. — Donnerstag 229. Abonnements-Vorstellung. Kleines Haus. Anfang 6½ Uhr.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Helden.

Kleines Schauspiel.
7½ Uhr: Er kann nicht gehenken.

Residenz-Theater.
Täglich 8 Uhr: Das höhere Leben.
Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

Trianon-Theater.
Täglich 7½ Uhr: Maskerade.
Donnerstag 4: Sonnenwirbel.
Sonntag 4 Uhr: Wiedenbrödel.

Volksbühne Theater am Bülowplatz
Direktion: Max Kupfer.
7½ Uhr: Prof. Lange u. Tom Parsberg.
Donnerstag 7½ Uhr: Vatter.

Welt Panorama Unsere Truppen im Kampfgebiet der Ostsee. Beim Tod, Domäne.
Reise 50 ₰, Kinder nur 15 ₰.
Tausende Abonnenten. [8275

Winter-Garten.
Wegen des umfangreichen Oktober-Spielplans Anfang 7½
Rauchen gestattet.

Reichshallen Theater
7½ Uhr: Sonntags Nachmittag 3 Uhr
Stettiner Sänger.
Nur im Br. Zeichenschule-Bad. Höchst-Brettl.
Anfang 7½ Schluß 5 Uhr.
Neues Öffnungsprogramm!

Detektiv Auskünfte „Fortuna" Berlin, Friedrichstr. 220 a. — Telephon Jäger 8806. — Ermittlungen, Beobachtungen, Auskünfte discret. Scheidungen, großer Erfolg.

Detektei Opitz
Berlin W. 9, Köthenerstrasse 45 a. (Potsd. Platz).
Ermittelungen, Beobachtungen Ehescheidungsbeweise, Auskünfte jeder Art. Kartäret 741.

Annahme für Vorwetten
Rennen zu
Berlin-Karlshorst 23. 27. Oktober,
Dortmund 26. Oktober,
Magdeburg 25., 26. Oktober,
Dresden 26. Oktober.
Trabrennen zu
Berlin-Mariendorf 26. Oktober.
Annahme von Vorwetten für Berlin bei persönlich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten programmässig angesetzten Rennen für auswärtige Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 6 Uhr abends:
Schadowstrasse 8 parterre,
Kurfürstendamm 234,
Bayrischer Platz 9 (Eing. Innsbruckerstrasse 58),
Oranienburgerstrasse 48/49 — (an der Friedrichstrasse),
Friedrichstrasse 83,
Schlüterstrasse 19 (Kommission für Trabrennen),
Potsdamerstrasse 23a,
Neukölln, Berlinerstrasse 48,
und an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim
Leipzigerstrasse 132 — Moritzplatz
Nollendorfplatz 7 — Rosenthalerstr.
Planufer 24 — Tauentzienstr. 12a
Unter d. Linden 14 — Rathenowerstr. 3
Königstr. 31/32.
Für briefliche und telegraphische Aufträge Annahme bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmässig angesetzten Rennens
nur Schadowstrasse 8.
An Wochentagen von den bunten werden Wetten in der Schadow- und Oranienburgerstrasse, am Kurfürstendamm und Bayrischen Platz bis 6 Uhr abends angenommen. Alle anderen Stellen schliessen die Annahme um 16 Uhr. 2144

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlenschnüre
kauft zu hohen Preisen
zahlen M. Spitz, BERLIN Friedrichstrasse 91/92
zwischen Mittel- und Leipzigerstrasse.

Juwelen Perlen Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 8 Tauentzienstr. 18 A. Tel.: Zentr. 8084.

Ankauf von Juwelen Perlen, Smaragden usw. Margraf & Co. G. m. b. H. Kanonierstr. 8.

Haararbeiten jedes Art Transformationen, naturgetreuer Sitz. Haar-Technische Werke, Gröbenstr. 24 u. Martin Luther-Str. Bahnhofplatz. 35. Sophienstr. Unbeliebten.

Für Kollikur. Zu verkaufen: vom 1. Juli 1914 bis 1. Juli 1919, nur die Hauptblätter, in 2 Bänden leder gebunden Angebote zu richten an Kraus, Konitz i/Westpr., Bismarckstr. 71 [8289

Gold, Silber, Brillanten, alles Nachlässe kauft Taxator Schoder, Oranienstr. 135-36

Verband Deutscher Naturwein-Versteigerer Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer.
Voranzeige.
Wein-Versteigerungen.
Am Mittw., d. 10., Donnerst., d. 11. u. Freitag, d. 12. Dezemb. 1919, je vorm. 11 Uhr läßt die Staatliche Domänen-Weinbau-Verwaltung in ca. 4 Abteilungen ca. 3 Wiesbaden a. Rh.
etwa 200/2 Stück
ihrer Übergangsweine aus den Domänenweingütern Rüdesheim, Hattenheim, Erbach, Eltville, Neuenfels und Oestrich versteigern. Nur wenigen der besten Ausbrüche des Jahrganges 1918 gelangen nur Qualitätsweine aus den guten Jahrgängen 1916 und 1917 zur Versteigerung.
Probe für d. Herren Kommissionäre am 7., u. 10. November — Allgemeine Probe am 10., 11. u. 12. November sowie am 2. u. 3. Dezember, jeweils von vorm. 9 Uhr bis nachm. 5 Uhr im Domänen-Versteigerungslokale zu Rüdesheim.
Zutritt zu den Proben und Versteigerungen nur gegen Eintrittskarte. — Auskunft erteilt Domänen-Generaldirektion Eltville a. Rh.

Detektiv Hauschild eidesstattlicher Sachverständiger, Berlin, Friedrichstr. 126. Zentr. 8081.

Soeben erschien:
Antwort an General Ludendorff und Oberst Bauer
Von der Marne zur Marne
Militärische Schlaglichter auf den Zusammenbruch
von
Müller-Brandenburg
Preis . . . . . M. 4.50
Vom gleichen Verfasser erschien:
Offizier und Republik
Preis . . . . . M. 1.25
Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW. 68 Postscheckkonto 27 576 Lindenstraße 114 [3]

Fremdsprachliche Handelskorrespondenz-Kurse.
Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch, Russisch, Türkisch, Japanisch usw.
zur Erlernung eines modernen Stiles und trefflichen Ausdrucks. Für Anfänger und Fortgeschrittene. Auch Einzelunterricht. Nachhaltendste, neue Methode; hervorragende Lehrkräfte. 8100
Anmeldungen 11—1, 4—6, 7—9. Sonntags 11—1.
Vereinigte Examensvorbereitungen „Comenius"
Berlin N. 30, Martin-Luthersr. 21. Ruhm 102.
Besondere Korrespondenzabteilung für alle Fremdsprachen.

Verbandlungs-Anstalt Dr. Ulles Berlin W., Wilhelmstr. 108. Behrämge für Kriegsopfer, Versicherungs- und Gewerbegenehmigungsprüfung. Internat.

Stottern Dem Stottern sofort! Schriftl. Aufklär. umsonst G. Naeckel, Neukölln, Schulstr. 5 (Postscheckkonto)

Margarine-Fabrik
in Norddeutschland zu kaufen gesucht, am liebsten Hafenstadt. Offerten mit genauer Beschreibung und äusserstem Preis unter Billet No 7167 an Sylvester Ptvid, Kopenhagen. 2077

Platin
reingesotten, 72,— M das Gramm.
Platinfeingel und Feeher von Chemikern das Gramm 66,— M
Gold- und Silber-
Gegenstände als aber amtlichische Münzen
Alte Gebisse
kauft stets höchstzahlend, auch bei hinsendung
J. Bücherl, Vertreter der Metallscheide E. Teichler, Berlin, Bellalliance-Platz 1a.

Zirka 40 bis 50 Zentner:
Bindegarn
(Hanfgarn)
für Binder und Pressen in Rollen von 2 kg zu M 14.— per Kilo freibleibend ab Station sofort lieferbar. Gefl. Angebote unter W. 6094 an den Verlag der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" erbeten.

Auto-Haus Phönix
W 15. Kaiserdamm 89, großes Lager erst-klass. Automobile jed. Stärke u. Ausführg. Ingenieur Rud. Heinze 718
beste Kapitalsanlage.

Reparaturen an Elektromotoren
führen aus
Rob. Wiessner & Baumann
Elektro-Reparatur-Werk,
Berlin S. 14,
Stallschreiberstrasse 58. 1016

Der zarte Duft
edler Riesling-Weine, alt gereift und doch wieder köstlich prickelnd und jugendfrisch, entzückt jeden Kenner in unserem „Kupferberg Riesling".
Aus Weinen der vornehmsten deutschen Gaue besonders ausgewählt, nach unserem Verfahren auf Grund fast siebzigjähriger Erfahrung zu Sekt bereitet.
Chr. Adt Kupferberg & Co., Mainz.
Gegründet 1850
Zwecks Aufrechterhaltung stets gleichbleibender Güte Versand z. Zt. eingeschränkt.
KUPFERBERG RIESLING
Berliner Filiale: Kupferberg & Co. G. m. b. H., Berlin W. 8, Mohrenstr. 61. Fernspr. Zentrum 1265.

Erich Amsel
Motoren aller Systeme
NEUBAU & REPARATUREN
Berlin SW. 61. Baruther Str. 5.

Preßluft-Werkzeuge aller Art
Maschinenfabrik Oberschöneweide A.-G. Berlin-Oberschöneweide
Niethämmer · Nietmaschinen · Kompl. Anlagen

Treibriemen
„Textor"
D. R. P. und Auslandspatente.
Ludwig Winter & Comp., Bischofswerda i. S.
Telegr. Adr.: Winters, Bischofswerdasachsen.
Fernruf No. 136.

Kronen, Brücken Plomben
Zähne in 1 Tag
Berücksichtigung aller Wünsche. Dir. Koppe's
Spez.-Institut f. modernen Zahnersatz
1) Magdeburgerstr. 28, Ecke Lützowstr. Kürf. 1230.
2) Alexanderstr. 14 b., 3) Kantstr. 49.

Hof- und Staatsuniformen
komplett sowie lose Stickereien u. Tressen solcher Uniformen (feine Militärtuchen) kauft Th. Sieber, Berlin-Friedenau, Sedanstr. 22. [8281

Wertvolle neue Veröffentlichungen:
Der Friedensvertrag von Versailles. Amtlicher Text unter Hervorhebung der abgeänderten Teile mit Inhaltsübersicht, Karten und Sachregister. Preis 4.— M.
Warum mußten wir nach Versailles? Von D. Müller. Im Anhang werden Mitteilungen über unbedingte politische Vorgänge von höchster Wichtigkeit gemacht. Preis 1,60 M.
Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes. Amtliche Urkunden aus den Archiven des Auswärtigen Amts und der Reichskanzlei. Amtl. Weißbuch-Ausgabe 10.— M, Volks-Ausgabe 4.— M.
Zu beziehen durch SCHMIDT & CO., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 20/21.

3—5 Zimmer-
Wohnung gesucht. Auch Teil einer grossen Wohnung. Vermittlung erwünscht. Mitteilungen unter R. W. 4239 an die „Deutsche Allgemeine Zeitung", Wilhelmstrasse 32.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Max Rudolf Kaufmann, Berlin. Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 32.

Nr. 517.
22 Oktober 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt.
Morgen-Ausgabe.

Die Parteigruppierung im Elsaß.

Der Aufmarsch zum Wahlkampf.

Eigene Drahtmeldung.

A. Zürich, 21. Oktober.

Die „Neue Züricher Zeitung" veröffentlicht einen Bericht über die Lage im Elsaß, der sich besonders mit den bevorstehenden Wahlen beschäftigt. Deutlich geht daraus hervor, daß die französische Regierung alles daransetzt, um ihnen den Charakter einer Volksabstimmung für Frankreich zu geben. Jedoch sind diese Bemühungen bereits insofern gescheitert, als es nicht gelungen ist, alle Parteien auf die Formel „Für Frankreich" zu vereinigen, wie es ursprünglich beabsichtigt war, und wie es, wenn der französische Zweck hätte erreicht werden sollen, nötig gewesen wäre.

Im Oberelsaß haben nämlich die Sozialdemokraten ein Zusammengehen mit den anderen Parteien angelehnt, und diese mußten sich deshalb begnügen, einen Block der bürgerlichen Parteien zu bilden, der sich gegen jede revolutionäre und antifranzösische Stimmung im Lande richtet. Nur bodenständige Kandidaten dürfen aufgestellt werden. Die gegenwärtigen Verhältnisse in Schule und Kirche sollen für die nächstens zu Gesetzgebungsperiode unangetastet bleiben. Die Kandidaten dieser Vereinigungsliste sind bereits benannt. Beim Zentrum finden wir Weterle, ferner den von deutscher Seite wegen Hochverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Lehrer Brogli, Dr. Hüseger und den Gewerkschaftssekretär Bilger. „Die Föderativnder Linken" unter diesem Namen haben sich die Demokraten zusammengeschlossen — stellt den Kolmarer Rechtsanwalt Baradel, ferner den Bürgermeister Scherer und den zurzeit als Unterpräfekt tätigen Fabrikanten Jourdain von Altkirch als Kandidaten auf.

Anders ist die Lage im Unterelsaß. Hier werden die Sozialdemokraten vom Bürgermeister von Straßburg, Peirotes, geführt, dem seine Verdienste um Ruhe und Ordnung während der zehntägigen Räteregierung im November v. J. die Ernennung zum Ritter der Ehrenlegion eingetragen haben. Von den großen Streiks, die das Oberelsaß und Kolmarigen im vorigen Jahr kennengelernt haben, ist das Unterelsaß verschont geblieben. So ist es zu erklären, daß hier die Demokraten, die sich vornehmlich der radikalen Partei angeschlossen haben, mit den gemäßigten Sozialisten zusammengehen, um eine rasche Lösung der kulturpolitischen Fragen herbeizuführen. Sie werden von dem während des Krieges nach Deutschland verbannten Straßburgerbriefer Mind in den Kampf geführt. Alle übrigen Kandidatenlisten werden im Laufe der nächsten Woche bekanntgegeben werden. Ein kleiner Teil der Demokraten, der sich um Chefredakteur Pfeil gruppiert, hat sich allerdings dem Zentrum angeschlossen, das als Kandidaten unter anderem Abbé Marx und Abbé Müller benannt hat.

Im Hinblick auf das neue Listenwahlverfahren erscheint es sehr wahrscheinlich, daß im Oberelsaß alle die erwähnten Kandidaten des bürgerlichen Blocks gewählt werden. Im Unterelsaß ist kaum vorauszusehen, wie sich die neun Sitze verteilen werden. In beiden Landesteilen wird der Wahlkampf nach Meinung des Berichterstatters des schweizerischen Blattes sehr heiß werden. Aber es sei notwendig, ihn möglichst schnell auszutragen, damit sich das Land dem wirtschaftlichen Aufbau widmen könne.

Die Waldverwüstungen in Nordfrankreich.

Versailles, 21. Oktober. In der Zeit vom 16. bis 18. Oktober besuchten deutsche Forstsachverständige unter Führung von örtlich orientierten französischen Forstverwaltungsbeamten typische Punkte der zerstörten Forstgebiete in den Departements von Aisne und Aisne. Es hat sich dabei gezeigt, daß in den besichtigten Gebieten sehr erhebliche Aufräumungs- und Aufforstungsarbeiten zu leisten sind, die jedoch nur im Zusammenhang mit den anderen Wiederherstellungs- und Aufbauarbeiten vorgenommen werden können.

Ein Schutzgesetz für die französische Währung.

⊙ Paris, 21. Oktober. (Inländerter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".) Das französische Amtsblatt hat ein Gesetz veröffentlicht, das die Einschmelzung oder teilige Entwertung der nationalen Währung mit schweren Strafen belegt. Diese Maßregel ist durch das in der letzten Zeit bemerkbare Verschwinden des Hartgeldes nötig geworden. Man hat besondere Organisationen entdeckt, die sich damit befassen, alle Silbermünzen aus dem Verkehr zu ziehen. Da der Silberpreis eines Fünf-Frankenstückes jetzt 7.50 Franken beträgt, so ergibt sich daraus, welchen Vorteil eine Einschmelzung der Münzen in Barren darstellt. An der schweizerischen Grenze wurden wiederholt Personen angehalten, die mit Silbermünzen angefüllte Koffer mit sich führten. Wie verlautet, beschäftigt die Regierung demnächst, neue Münzen im Werte von 50 Centimes, einem und zwei Franken ausgeben zu lassen.

Die Umsturzpläne in der Schweiz.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 21. Oktober.

Der Berner „Bund" veröffentlicht heute nähere Einzelheiten über den am 7. November geplanten bolschewistischen Putsch in der Schweiz. In den Kundschaften, die ein in aus Deutschland kommenden bolschewistischen Jugendlinien an der deutsch-schweizerischen Grenze angenommen wurden, werden alle der Jugendinternationale angeschlossenen Organisationen aufgefordert, am 7. November ein revolutionäres Unternehmen einzuleiten und womöglich mit Hilfe eines bewaffneten Aufstandes der proletarischen Diktatur zum Siege zu verhelfen. Der 7. November soll als der Auftakt einer neuen revolutionären Epoche gelten, in der alle Mittel des Klassenkampfes aufgenommen werden sollen. Der Entschluß hierzu soll von den kommunistischen Organisationen Deutschlands in Verbindung mit dem Komitee der dritten Internationale gefaßt worden sein. Das eine Kundschaftsbrief, das vom Bureau der internationalen Vereinigung sozialistischer Jugendorganisationen in Stuttgart stammt, ist unterzeichnet von Perlmann, Lajore, Szwajkin und dem aus der Schweiz wegen bolschewistischer Umtriebe ausgewiesenen W. Münzenberg.

Das revolutionäre Aktionskomitee der Jungburschen und das Oberkommando der Roten Garde in der Schweiz veröffentlicht einen Aufruf, wonach den Umsturz mit Rücksicht darauf, daß die bürgerliche Presse in den Besitz der Pläne zu seiner Durchführung am 7. November gelangt ist, um ein Jahr hinausschieben werde. Die gegebenen Weisungen seien entsprechend abzuändern.

Knapper Wahlsieg der englischen Koalition.

S. Haag, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Nachwahl in Ruyboim hat einen Sieg der Regierung gebracht. Der Unionist Toerme gewann mit 9394 Stimmen, während von seinen Mitbewerbern der Arbeiterkandidat Dundlaw 6412 Stimmen, der liberale ringkum 3932 Stimmen und der Nationalist Grewch kaum 814 Stimmen auf sich vereinigte. Die Wahl zeigt wieder, daß die Koalition an Stimmen verlor, wenn man bedenkt, daß bei den Dezemberwahlen der Unionist mit einer Mehrheit von 8748 Stimmen gewann. Uebrigens ist der Sieg des Unionisten eigentlich nur deshalb möglich geworden, weil Arbeiter und Liberale sich auf ein Zusammengehen nicht einigen konnten, denn sie haben zusammen mehr Stimmen als der Unionist. Jedenfalls wird wieder eine Neuwahl nötig werden, nämlich durch den Tod von Lord Astor, dessen Sohn, der Abgeordnete von Plymouth, in das Oberhaus eintreten wird.

Der spanische Königsbesuch in Frankreich.

A. Zürich, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Pariser Nachrichten erwartet die spanische Presse von dem Besuch des Königs Alfons in Paris nützliche Entscheidungen in den Angelegenheiten Tangers und überhaupt Marokkos. In den Pariser Blättern wird der König vor allem als Wohltäter der Kriegsopfer begrüßt. Der König reist unter dem Namen eines Grafen von Toledo. Er wird heute mit Marschall Foch zur Jagd gehen und morgen mit Marschall Pétain Verdun besuchen.

Die belgische Basis in Le Havre aufgehoben. Nach Meldungen aus Paris wurde die belgische Basis in Le Havre aufgehoben. General Neutte hat die Stadt mit den letzten Truppen bereits verlassen.

Die Handhabung der Zensur im Besetzungsgebiet. Weil der „Mainzer Anzeiger" verabsäumt hatte, eine ganz harmlose Theaterkritik der französischen Zeitbeschöne zur Korrektur vorzulegen, wurde er zu 10 000 Frank Geldstrafe verurteilt.

Rücktritt des chilenischen Kabinetts. Laut Preßbureau Radio melden die „New York Times" aus Santiago, daß das chilenische Koalitionskabinett zurückgetreten ist.

Deutsche Nationalversammlung.

104. Sitzung vom 21. Oktober 1919. 1 Uhr.

Am Regierungstische: Mayer.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 1¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Dieß (Zentr.) weist darauf hin, daß Kreditgenossenschaften, Banken und Kaufleuten die Begleichung ihrer Valutaverpflichtungen gegenüber dem neutralen und feindlichen Ausland durch das Zahlungsverbot an feindliche Staatsangehörige und die Devisenerdrosselung vom Januar 1916 unmöglich gemacht sei, und fragt an, wie die Regierung ihren aus den Devisenverordnungen vom 20. Januar 1916 und 8. Januar 1917 erwachsenen Verpflichtungen den Valutaschuldnern gegenüber genügen wolle.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Schäfer: Gegenüber dem neutralen Ausland ist niemals ein Zahlungsverbot erlassen worden. Die Valutaverpflichtungen hätten also auch trotz der Devisenordnung von 1916 begliichen werden können. Die Devisenordnung von 1917 hat die Begleichung der Valutaverpflichtungen nicht verboten, sondern nur unter die Kontrolle der Reichsbank gestellt. Die Reichsbank hat Anträgen auf Devisenabgabe zur Abdeckung von Valutaverpflichtungen in berechtigten Fällen stets stattgegeben. Eine Entschädigungspflicht des Reiches kann daher nicht anerkannt werden, besonders nicht gegenüber Gläubigern, die bei Abschluß von Verpflichtungen in Valutaverpflichtungen im neutralen Ausland übernommen haben. Gegenüber dem feindlichen Ausland sind gesetzliche Zahlungsverbote erlassen worden. Aber auch hiergegen kann eine rechtliche Verpflichtung des Reiches zu einer Hilfeleistung nicht anerkannt werden. Die Zahlungsverbote sind nur Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zahlungsverbote der feindlichen Länder gewesen. Die Begleichung der Verbindlichkeiten gegen das feindliche Ausland ist durch den Friedensvertrag geregelt. Es schweben Verhandlungen, ob Mittel für gesetzliche Maßnahmen zugunsten der Schuldner geboten sind, sofern die Mittel sonst auf einem anderen als dem Reichswege bestritten werden können.

Abg. Joos (Zentr.) fragt an, welche Verfahrungen die Regierung gegen die Ausfuhr von deutschem Brotgetreide und Mehl in das Ausland, gegen die Schwarzschlachtungen und gegen die Ausfuhr von Schweinen über die bayerische Grenze zu treffen gedenkt.

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Oberregierungsrat Heinrich: Die unbefugte Ausfuhr von Getreide usw. wird nach der Verordnung vom 28. August 1919 mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat geahndet. Eine völlige Beseitigung des Umsatzes wird erst möglich sein, wenn die alten Zustände wieder hergestellt und mit Kontrollorganen besetzt sind. Die Bestrebungen dieser sind im Gange. Demnächst wird auch eine umfassende Organisation der Reichsgetreidestelle zur Bekämpfung des Schleichwesens in Wirksamkeit treten. Von einem Zustand der Auflösung der Zwangswirtschaft kann keine Rede sein. Die Mitteilungen in der Presse über einzelne Vorfälle sind vielfach übertrieben. Zur Bekämpfung der Schwarzschlachtungen wird z. Zt. ein besonderer Entwurf ausgearbeitet, der für alle Schwarzschlachtungen Gefängnisstrafe neben der Geldstrafe androht. Der unerlaubten Ausfuhr von Vieh wird durch Verschärfung der Grenzkontrolle entgegengewirkt. Die Verhandlungen darüber mit der Entente sind noch nicht abgeschlossen.

Abg. Blum (Zentr.) fragt an, wie der unglaubliche Zurückhaltung von Hafer von einem bis zu vier Zentner pro Morgen durch die Kommunalverbände für die menschliche, insbesondere die Kinderernährung, abgeholfen werden könne.

Oberregierungsrat Heinrich: Bei der Verteilung der 600 000 Tonnen an die Reichsgetreidestelle abgeliefertem Hafermengen ist kein Land und kein preußischer Regierungsbezirk mit mehr als 1,4 Zentner für den Morgen in Anspruch genommen worden. Bei der Unterverteilung soll nicht rein schematisch die Grundfläche, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Kommunalverbände, also der Grunderteilung berücksichtigt werden. In der Regel soll keinem Kommunalverband eine höhere Belieferung als rund zwei Zentner auf den Morgen zugeteilt werden. Unter besonderen Umständen kann über den Durchschnittssatz von zwei Zentnern hinausgegangen werden. Durch die Ausführverbote der Kommunalverbände soll nach dem Fortfall des Haferausfuhrverbots die Lieferung des Pflichthafers sichergestellt werden. Notfallen infolge Hafermangels kann dadurch abgeholfen werden, daß die Kommunalverbände Ausnahmen von den Ausfuhr- und Transportverbreiten zulassen.

Abg. Dusche (D. Vp.) fragt nach Maßnahmen dagegen, daß die Landwirte trotz der reichen Futterernte in Rübenblättern in diesem Herbst kein Vieh für Fütterung bekommen haben.

Oberregierungsrat Heinrich: Da die Nutzviehbestände nicht bewirtschaftet werden, haben sich die Gegenden mit Magerviehbestand die nötigen Viehmengen für ihre Weiden freien Ankauf beschafft. Wie weit im Einzelfalle eine Unterstützung durch die Wirtschaftsvereinigungen möglich ist, kann nur von Fall zu Fall geprüft werden.

Abg. Frau Weber (Zentr.) fragt nach Maßnahmen zur Abhilfe des Mangels an Kleidungs- und Wäschestücken in der minderbemittelten Bevölkerung.

Geheimer Regierungsrat Hagemann erkennt an, daß noch immer große Schwierigkeiten in der Beschaffung dieser Gegenstände bestehen, daß aber weitere organisatorische Maßnahmen bereits im Werke seien.

Abg. Schiele (deutschnat.) fragt, welche Maßnahmen die Regierung zur Sühne für die Ermordung der deutschen Flieger durch aus Mainz durch einen farbigen französischen Soldaten ergriffen hat.

Regierungsrat v. Lukemann teilt mit, daß die Waffenstillstandskommission Schadenersatz beantragt, aber eine Antwort darauf noch nicht erhalten habe. Nach nicht amtlichen Mitteilungen soll der schuldige Soldat erschossen worden sein.

Darauf wird die Beratung des Haushalts des Reichsschatzministeriums in Verbindung mit dem Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über Militärwerftsäulen fortgesetzt.

Hierzu nimmt zunächst Reichsschatzminister Dr. Mayer das Wort, dessen Rede wir an besonderer Stelle bringen.

Nach dem Minister spricht

Abg. Giebel (Soz.):

Zu dieser Last von 2½ Milliarden Mark kommen noch die Kriegsentschädigungen an die feindlichen Mächte. Wir müssen mit dem äußersten Mißtrauen rechnen. Im Auftrage meiner Fraktion wünsche ich, daß dieser Reichstag in einer Wirtschaftung der Nationalversammlung zum Ausdruck kommt. Hoffentlich findet er im feindlichen Lager Gehör. Was nicht unbedingt zur die Besetzung nötig ist, muß uns erspart bleiben. Wir wollen die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllen, um so mehr muß man mit unserer Leistungsfähigkeit haushälterisch umgehen. Sollen wir die Entente dazu kommen, daß sie nicht bei einem Reichen zu Gast kommt. Aus dem gestrichen Bericht über die Militärwerftsäulen geht hervor, was für traurige Verhältnisse dort herrschen. Rund 900 000 Arbeiter und Angestellte, die Jahre hindurch in diesen Betrieben ihre Existenz konnten, müssen entlassen werden. Es hätten nicht so viele Entlassungen stattfinden dürfen, und es mußte auch viel eher feststellt werden geschaffen werden, ob und in welcher Weise vorhandene Betriebe umgestellt werden müssen. Durch die immer verzögerte Entmilitarisierung der Betriebe wurde die Arbeitsfreudigkeit sehr gehemmt. Deshalb ist es zu begrüßen, daß jetzt endlich die Militärwirtschaft in den Marine- und Heeresbetrieben aufhören soll und diese Betriebe mehr nach kaufmännischen und technischen Gesichtspunkten geleitet werden sollen. Die Arbeiterrat hat für die Fortwendigkeit, zu einer zweckmäßigen Produktions- und Arbeitsleistung zu kommen, durchaus volles Verständnis; deshalb ist er auch für die Wiedereinführung der Akkordarbeit, wenn dabei der Lohn nicht gedrückt wird. Ich bedauere, daß man nicht mehr Bekleidungsämter im Betriebe zu erhalten versucht hat. Aus den Reichs- und Staatsbetrieben, die wir künftig in viel größerer Zahl haben werden, müssen Mitbetriebsräte werden, was sie unter dem alten Regime nicht waren. Dazu wird auch beitragen das Mitbestimmungsrecht der Angestellten und Arbeiter, wie es auch die Wirkung haben wird, Mute zu schaffen und Konflikten vorzubeugen. Aus dem gleichen Grunde wünschen wir eine Zentralregelung der Arbeitsbedingungen. Wir erwarten, daß durch die Umänderung der Arbeitsgemeinschaftsräte der Arbeiter auf Privatbetriebsvertrag ihnen ihre Rechte auf Partizipation erhalten bleiben, und zwar auch den nicht planmäßig Angestellten und Beamten, soweit sie vor dem 1. August 1914 schon in dem Betriebe gewesen sind. Namentlich für die im Dienst oft und grau gewordenen Arbeiter und Angestellten muß Vorsorge getroffen werden, daß ihnen eine beschützte Sicherung ihres Feierabends ermöglicht wird. Bei den Landesversicherungsämtern sind Beschwerdenausschüsse über die alte Bevorzugung der juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten. Es müssen auch technische Vorgesetzte mit heranzugezogen werden. Bei den Ausführungsbestimmungen über das Reichsbewertungsgesetz haben wir weiterhin nachzuweisen, daß es der Reichsinteressen in sachlicher Weise verletzt worden sind. Wir haben aber auch an unseren Fleischer und Bäcker, die Bewertungsgesetz bemüht ist, alle Schiebungen und Betrügereien mit den schärfsten Mitteln zu bekämpfen. Für Verfolgung des Schieberthums ist eine eigene Strafabteilung errichtet worden, die schon sehr erfolgreich gewirkt hat. Der Verfassungsentwurf des Herrenhauses ist Einbuß getan worden. Wir brauchen den Erlös aus den Hoover- und Marinenlehrm bei unserer jetzigen Finanzlage.

Abg. Erfing (S.):

Die uns durch den Friedensvertrag aufgebürdeten unerhörten Leistungen für die Entente sollten besser für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet werden. Bei den Reparationen wird der Eindruck erweckt werden, als ob hier mit einem verschlechterten Militärmaterial aus Kosten des deutschen Volkes gedient werden soll. Mit den Reichsbetrieben, die dem Reichsschatzministerium unterstellt sind, übernimmt Deutschland einen Großbetrieb, wie es von keinem anderen Lande betrieben wird. Für die Umstellung der Betriebe werden allein 496 Millionen Mark angefordert. Reichsbetriebe, die Jahr für Jahr Einnahmen von Millionen Zuschuß erfordern, müssen aufgegeben werden. (Sehr wahrt in der Mitte.) Angestellte und Arbeiter haben es in der Hand, die Fortführung ihrer Betriebe zu sichern, tun sie ihre Pflicht nicht, dann müssen die Betriebe geschlossen werden. Die weitgehenden Rechte der Angestellten und Arbeiter, namentlich auf Pensionen, dürfen nicht verloren gehen. Alle Arbeiter sehen mit großer Besorgnis in die Zukunft, größeres Entgegenkommen muß ihnen gezeigt werden. Unter der Wirtschaft der Arbeiterräte ist mit den Steuergroschen des deutschen Volkes Schindluder getrieben, bei aller Beratung der Sozialisierung ist man nicht zur Arbeit gekommen. Unter dem Terror haben die Mehrheitssozialisten genau so zu leiden wie die christlich Organisierten und die Hirsch-Dunckerschen. Die Schließung der Spandauer Werftsäulen wäre eine ungeheure Katastrophe für die ganze dortige Bevölkerung. Der Zug der Zeit geht dahin,

Erinnerungen aus meiner Wiener Jugendzeit.

Von
Professor **Arthur Nikisch.**

Wir entnehmen dem von Adolf Weißmann im Verlag von Neufeld u. Henius, Berlin, herausgegebenen musikalischen Almanach „Sang und Klang" 1920 den folgenden Beitrag.

Wir schreiben das Jahr 1872. Der Frühling war ins Land gegangen in all seiner Pracht mit allem Zauber, der einem wohl kaum in irgend einer anderen großen Stadt so alle Sinne gefangen nimmt wie in Wien! Ich war noch Schüler des Konservatoriums, durch Hellmesbergers Protection durfte ich bereits in Erkrankungsfällen irgend eines Mitgliedes des Hofoperorchesters in der Oper und in den Philharmonischen Konzerten als Geiger „substituieren"! Ich war sehr beglückt, natürlich auf bequemere Art die großen Meisterwerke kennen zu lernen als vorher, da ich mich noch um 5 Uhr nachmittags an der Oper anstellen, um einen möglichst guten Platz in der vierten Galerie zu erhaschen. Wenn ich von den ersten überwältigenden Eindrücken abriefe, welche die „Fidelio"- und „Don Juan"-Aufführungen im alten Kärntnertor-Theater mit der Duffmann, mit Rieck und Gabelon Walter in den Hauptrollen auf mich zwölfjährigen Knaben machen mußten, es die Wagnerschen Werke welche mir mein Innerstes mit elementarer Gewalt aufrüttelten. Nach Feierabend und durch strenge häusliche Zucht bis dahin mehr dem Konservativismus in der Musik hinneigend, hat Wagners Musik nun einen revolutionierenden Einfluß auf mich ausgeübt. Wie oft saß ich die halben Nächte lang beim pärlichen Kerzenlicht über den Klavierauszügen (die Partituren waren mir natürlich unzugänglich), die unvergeßlichen Wunder dieser Musik entzaubernd, die meine brennenden, schmerzenden Augen den Tenst entzogen; die glücklichen Stunden be etzte ich mit, wenn ich nachmittags gleich nach 3 m Mittagessen in meiner Zelle mit durch Zugleben jämmerlicher Kerzenlänge eine künstliche Dämmerung schuf und z. B. den „Tristan" von Anfang bis Ende durchspielte. Möglich ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt: Richard Wagner kommt nach Wien, um ein großes Konzert zu dirigieren! In fieberhafter Erregung über die Ankunft, den Meister in Person zu sehen, am Ende gar unter einer Leitung spielen zu dürfen, sprach ich täglich mit einigen gleichgesinnten Kameraden den Plan, unter den Stühlen des Konzertsaales eine Sammlung zu veranstalten, um Wagner eine Ehrengabe zu überreichen. Auch hatten wir so viel beisammen, um einen hübschen silbernen Pokal erstehen zu können, welcher dem Großen ein beschedenes Zeichen der grenzenlosen Bewunderung und Verehrung der musikalischen Jugend Wiens sein sollte. Wagner stieg bei seinem Freunde, dem damaligen Primärarzt des Allgemeinen Krankenhauses Dr. Josef Standhartner ab; durch die gütige Vermittlung des letzteren erklärte sich der Meister bereit, uns am Vormittag vor dem Konzert, welches um 11 Uhr im großen Musikvereinssaal stattfand (es war Sonntag der 12. Mai 1872), zu empfangen. Die Schülerdeputation, welcher außer mir noch Felix Mottl, Emil Paur und Josef Poltje angehörten, wählte mich als Sprecher! Das Herz klopfte mir zum Bersten, als wir im Salon Dr. Standhartners standen — den Einzigen Wagners erwartend. Endlich öffnete sich die Tür, und er trat ein! Unbeschreiblich der Sturm der Gefühle, den sein Erscheinen in mir erregte, unerhört bezwungend der Eindruck, den der Blick seines feuersprühenden Auges auf mein jugendliches Gemüt auslöste! Von dem, was ich mir eigentlich vorgenommen hatte zu sagen, wußte ich natürlich kein Sterbenswörtchen mehr. Nach einigen für mich qualvollen Sekunden fand ich aber meine Fassung wieder, und mit rede, was mir gerade einfiel, so recht vom Herzen weg. Die Sache schien dem Meister zu gefallen, er nahm unsere Gabe freundlich entgegen, dankte uns in sehr herzlicher Weise und sprach die für uns besonders bedeutungsvollen Worte: es sei ihm um die Zukunft seines Werkes nicht bange, wenn er sehe, daß die Jugend für ihn sei!

Mittags fand dann das Konzert statt. Glücklicherweise (!) war mir der erst der ersten Geiger entrückt und ich durfte als Substitut mitspielen. Wagner dirigierte seine Beethovens „Eroica" und dann im zweiten Teil das für Paris nachkomponierte Bacchanale aus dem „Tannhäuser" und Wotans Abschied und Feuerzauber aus der „Walküre". Während des Konzertes (am Vormittag war es drückend schwül) brach ein furchtbares Gewitter mit Blitz und Donner los. Im Schutz des Konzertes (das Gewitter hatte sich unmittelbar vorher vorbeigezogen) sind das Publikum förmlich in ein Taumel der Begeisterung. Nachdem Wagner durch eine entsprechende Handbewegung zu verstehen gab, daß er sprechen wolle, trat plötzlich Totenstille ein. Mit vor innerer Erregung bebenden Lippen, im Gesicht weiß wie ein Leichtuch, sagte er: „Die alten Griechen betrachteten es als ein aus Zeichen von oben, wenn bei irgendeiner ihrer Unternehmungen der Himmel ein Gewitter sandte. So wolle auch er diesen Gewitter als glückverheißend für die Erfüllung seiner Lebensaufgabe, des Werkes von Bayreuth betrachten." Zwei Wochen später, am 22. Mai, seinem Geburtstage, fand in Bayreuth zur Feier der Grundsteinlegung des Festspielhauses im alten markgräflichen Opernhause jene denkwürdige, allen Teilnehmern unvergeßliche Aufführung der Neunten Symphonie statt. Das Orchester war zusammengestellt mit Mühe und Zähigkeit aus lauter Dilettanten, und wieder durfte ich durch die Empfehlung Hellmesbergers als 21. mitgehen; ich spielte damals bei den zweiten Geigen mit. Was ich in den vier Proben, welche Wagner mit uns abhielt, lernte, ist für meinen ganzen künstlerischen Werdegang von ungeheurem Einfluß gewesen. Ich kann sagen, daß Wagners „Eroica" in Wien und dann die „Neunte" in Bayreuth für meine ganze Beethoven-Auffassung, so, für meine Orchesterinterpretation überhaupt entscheidend geworden ist. Wagner war gewiß nicht, was man einen „routinierten Kapellmeister" nennt; aber ein „Geste" allein war schon Musik. Nächst Wagner waren der geniale Johann Herbeck und mein geliebter Lehrer Otto Dessoff diejenigen, welchen ich als Dirigent am meisten nachzueifern trachtete. Der bedeutendste Musiker Wiens jener Zeit war aber unstreitig Joseph Hellmesberger der Aeltere. Unerschöpflich waren die Anregungen, die man von diesem gottbegnadeten künstlerischen Genie, dem Lehrer des freien Anhauchs beschöpft. Wie im Einzelnen eine Unterstützung durch die Wirtschaftsvereinigungen möglich ist, kann nur von Fall zu Fall geprüft werden.

Abg. Frau Weber (Zentr.) fragt nach Maßnahmen zur Abhilfe des Mangels an Kleidungs- und Wäschestücken in der minderbemittelten Bevölkerung.

Geheimer Regierungsrat Hagemann erkennt an, daß noch immer große Schwierigkeiten in der Beschaffung dieser Gegenstände bestehen, daß aber weitere organisatorische Maßnahmen bereits im Werke seien.

Heißsorgen im Altertum.

Daß man in Italien, unter Umständen auch in Griechenland, tüchtig frieren kann, erfährt jeder Deutsche, der den Winter über dort weilt. Und er friert bei den nach seinen Begriffen vielfach sehr mangelhaften Heizvorrichtungen sogar auch noch mehr als der Einheimische, weil seine physiologische Wärmeregulierung nicht so gut arbeitet wie die des Italiers. Stellenweise war es mit der Heizung bei den Völkern des klassischen Altertums, worauf Brit in seinen kulturhistorischen Skizzen aufmerksam gemacht hat, schon immer bestellt. Man kannte als Brennmaterial nur Holz, das ja auch im Hausbau eine große und im Flottenbau die hauptsächlichste Stelle spielte, und so war es kein Wunder, daß Griechenland schon im ersten Jahrhundert vor Christo nähzlich entwaldet war; eher war es wunderbar, daß es in Italien bis in das zweite Jahrhundert vor Christo dauerte, bis es auch hier so weit kam.

Im Kaiserlichen Rom machte die Holznot schon sehr zu schaffen. Die Kaiserlichen, die warmen Bäder verschlangen eine Menge Holz, was Martial Gelegenheit zu einigen beißenden Epigrammen gibt. Ein reicher Mann hatte sich Thermen aus Marmor und ein einfaches Bad (balneum) aus Holz gebaut. Er hatte aber kein Holz, um die Thermen zu heizen, und so riet ihm der Dichter: „Heize die Thermen mit deinem Bade". Um meilen lieber natürlich die eisernen Zeuke. Atrium und Peristyl waren nach oben offen, Dach gab es nicht, höchstens kleine tragbare Zeuke und auch für diese ist es an Brennstoff, wenn es vorkam, daß eine Sonntstjung wegen Kälte ausfallen mußte, wie geiegentlich Cicero berichtet, daß sogar im Kaiserhofe die Sachten Dorfsaiten tonten, so kann man sich vorstellen, wie es die Massen ging. Kaiser Augustus trug im Winter eine besonders dicke Toga, darunter vier Tuniken übereinander, darunter noch ein wollenes Unterhemd, weiter noch eine wollene Brustbinde und endlich Gamaschen, die bis über das Knie Schenkel gingen." Auch weniger verwöhnte Leute litten sich angesichts der Kälte und Heizmöglichkeiten unter diesen Umständen wurde auch gern ein guter Trunk zur innerlichen Erwärmung getan. Wer kennt nicht die Horatische Ode:

Vides ut alta stet nive candida
Soracte . . .

Da fordert der Poet, um sich zu erwärmen, nicht nur Holz, sondern bitter Khaitarbius um Wein. Man kann also seine Freude und die aller seiner Mitbürger verstehen, wenn „solvitur acris hiems". Freilich die ganz reichen Leute, die Millionäre hatten es gut, „conationes sunt in parietibus circumfusus calor temporarius". Ihre Speisesäle wurden durch Luftheizung von unten und an den Wänden erwärmt, aber der gemeinische Bürger mußte sich mit dieser auf G. Sergius Diata zurückgeführten Zentralheizung nur in den Tempeln, dahelm trotz er den ganzen Winter und das Jahr für Jahr. Da und wie immer noch besser dran.

Theater im Reich. Hermann Sudermanns neues Drama „Die Raschoffs" erlang bei seiner Uraufführung im Neuen Schauspielhaus, Königsberg i. Pr., einen sehr lebhaften Erfolg. Das stück weist die dichten Sudermann'schen Vorzüge und Schattenseiten auf: prächtige technische Mache und virtuoseste Rollen, aber psychologische Unwahrscheinlichkeiten und Unbeweiflichkeiten, die das Kinoromantische streifen. Die beiden Hauptrollen waren mit Robert Müller (alter Raschoff) und dem Gast Kurt Raum (Wolf Gerwitz) vorzüglich besetzt. Die ganze Aufführung stand sonstlich wie dartstellerisch auf hohem Niveau. Regie Richard Rosenheim.

Gesellschaftsbau zu schaffen, jeder Einzelbetrieb muß aber für sich seine Bilanz aufstellen damit man die Rentabilität des Einzelbetriebes kontrollieren kann. Der Werkbau gestalten Arbeitsschutz und Verwaltung muß weitestlich sein. Der Minister ist mit Aufstellung von Plänen des Wiederaufbau des Kriegsgesellschaften hineingetreten. (Beifall.)

Abg. **Gothein** (Dem.):

Auch wir bedauern, daß man in den Reihen unserer Gegner so wenig Verständnis für die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hat. Die Nationalversammlung war sich darin einig, daß die finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages unerfüllbar sind. Unterzeichnet muß die Entente sich herausstellen, daß die Demoralisierung von Offizieren und Mannschaften eiemals so zunimmt als bei der Besetzung eines feindlichen Landes. Jetzt zeigt es sich auch bei den Engländern und Amerikanern in der zunehmenden Bettelhaftigkeit gegen Deutschland. Noch im Frühjahr und im Frühsommer wurde die Frage aufgeworfen, ob überhaupt ein eigenes Ministerium notwendig sei für das, was dem Reichsschatzministerium an Arbeit überwiesen werden soll. Man hielt, daß Arbeit könne vom Reichswirtschaftsministerium mit erledigt werden. Jetzt kann man höchstens im Zweifel darüber sein, ob diese unpraktische Arbeitsteilung dauernd von einem Ministerium allein getragen werden kann. Ob es möglich sein wird, alle Bestände bei der Inventarisierung zu erfassen, erscheint mir sehr zweifelhaft. Die Abteilung des Reichsschatzministeriums hat man „Reichsaufräumungsamt" genannt. Ein ganzer Teil dieser Vorwürfe ist wahr, die Schwierigkeiten liegen aber im Objekt. Mißgriffe beim Personal waren selbstverständlich, diese unorganische Elemente sind abgebaut worden. Schon in der Großen Ging man mit dem Stehlen und Schieben an. Unrichtig ist es aber, daß in vor einer Verhaftung einer großen Anzahl Beamter aus dem Ministerium gebrochen hätte. Das ist zum mindesten ein Mißverständnis gewesen. Als ich eine Weiterbeschäftigung zusagte wurde und Schiebungen verhindert, wurde sogar ein Staatsanwalt wohl gemacht, der gegen mich als damaligen Minister ein Verfahren wegen Wuchers einleitete. Bei der Umstellung der Betriebe müssen Fachleute befragt werden, um festzustellen, in was für Betriebe die Werke umzustellen sind. Die Welt in Friedrichsort dürfte dann aufrechterhalten sein. Was die Kaiserliche Werft in Kiel anlangt, so wurde schon vor dem Kriege darüber gesprochen, daß nirgends so gefaulenzt würde wie dort. (Hört! hört!) So darf nicht erarbeitet werden. Die von mir eingeleitete Wiedereinführung der Akkordarbeit hat sich in Spandau gut durchgesetzt. Die Kontrolle des Rechnungshofes muß aufhören. Für die Wiederführung sind nur erste Kräfte heranzuziehen, die billige Kraft ist die allerteuerste. Die Zivilbeamten sind mit dem Pflichtgefühl an sich richtig rechtlich, deshalb müssen sich unsere Beamten einarbeiten in den kaufmännisch-technischen Arbeitsbetrieb, sie müssen mit dem allen Lebenswerdenden Schlendrian brechen. Alte erworbene Rechte der Beamtenschaft müssen respektiert werden. Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen restlos ihre Schuldpflicht tun, Zuschußbetriebe dürfen die Reichsbetriebe auf keinen Fall mehr sein, dazu sind wir zu arm geworden. Notwendig ist auch die Schaffung eines Schreibmaschinen-Beirates, der parlamentarische Beirat allein genügt nicht. Die Lehrer an den technischen Hochschulen werden sich gern zur Verfügung stellen. Wir beerdigen es, daß eine Hauptverwaltung für die Verwertung der Liegenschaften des Deutschen Reiches geschaffen werden soll.

Reichsschatzminister Dr. Mayer:

Der Abgeordnete Giebel hat sich darüber beklagt, daß nicht mehr Bekleidungsämter weiter bestehen sollen. Wir müssen nicht, ob die groß Bekleidungsämter, die zurzeit noch mit der Herstellung von Entlassungsanzügen für die Kriegsgefangenen beschäftigt sind, bis zum 1. April diese Aufgabe erledigen können. Wenn irgend möglich, werden wir diese groß Bekleidungsämter aus sozialen Gründen noch weiter bestehen lassen. Ob das möglich sein wird, hängt von Verhandlungen ab, die zurzeit noch nicht abgeschlossen sind. Die Aeußerungen Abgeordneten Giebel und Gothein haben den bringenden Wunsch gezeigt, es möchten mehr Reichsschaffer sein, mehr, als bisher üblich gewesen ist, die Juristen durch Techniker ersetzt werden. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß z. B. in der Reichsbauverwaltung so viel Techniker als irgend möglich angestellt werden sollen. Bei den Reichsvermögensämtern sind ausschließlich Baubeamte angestellt, auch der Chef dieser Reichsvermögensabteilung ist ein Baubeamter. Von der Militärbauverwaltung konnten wir allerings nur 40 % dieser Beamten übernehmen. Die Besetzung der Beamtenposten ist folgende: Es stehen den 184 juristischen Beamten 154 Baubeamte gegenüber. Mit dieser Ziffer glaube ich nachgewiesen zu haben, daß die Techniker soviel wie möglich herangezogen werden sind. Wir haben auch Vorsorge getroffen, daß die technischen Beamten nicht nur fachliche Aufgaben erhalten, sondern auch Verwaltungsaufgaben, und daß ihnen der Weg zu den Verwaltungsstellen in den Landesverwaltungen bis hinauf zu den Zentralstellen im Ministerium offengeblieben sind. Die Wünsche der Techniker sind also im vollsten Maße erfüllt.

Um 6 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch, den 22. Oktober, 1 Uhr.

Anträge und Anfragen in der Deutschen Nationalversammlung.

Landarbeiterschutz. Schutz der durch den Ablauf einer Angestellung in der Arbeitsgemeinschaft (Dispergsung) und der Landgesellschaft zum Zwecke der Parzellierung notwendigen und arbeitslos gewordenen Landarbeiter. Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei.

Schlichtungsausschüsse. Mißnahmen, daß die Schlichtungsausschüsse bei Streitigkeiten zur Kam zulässig sind, wenn die Tarifsnitzungen nicht tätig werden. Anfrage der Zentrumspartei.

Lehrlingswesen. Einschreiten gegen die beabsichtigte Ausschaltung der Handwerkslehrlinge und Zunungen bei der Regelung der Lehrling beschäftigen. Anfrage der Zentrumspartei.

Versammlungsverbot. Mißnahmen gegen das Versammlungsverbot der Protestversammlung der mecklenburgischen Landarbeiter, die am 23. September in schwerin stattfinden sollte. Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei.

Aus den Ausschüssen.

Die Steuerpflicht der Wertpapieren.

Der Ausschuß der Nationalversammlung zur der Reichsabgabenordnung nahm die Bestimmungen über die Wertzuwachssteuer und die Besteuerung von Grundstücken im wesentlichen unverändert nach den Beschlüssen erster Lesung an. Neu beschlossen wurde ein Zusatz, wonach der Steuerpflicht der Wertpapieren, die mit Gewinnanteilscheinen gebunden werden, einen Betrag abziehen kann, der für die viel Ausgabe des jeweiligen Gewinns rechtsicherer Zeit den jeweiligen berechtigten Gewinn entspricht. Das soll nicht, wenn auch der laufende Gewinnanspruch besteuert werden muß. Zu § 179, wonach die Auskunft von Banken, Wertpapieren und Reichsbankanleihen in Statistiken verwendet werden kann, wurde der demokratische Antrag abgelehnt, daß auch die Reichsanwälte in Zivilsachen sowie die Gerichten der Aerzte und Rechtsanwälte die Auskunft verweigern können.

Die Abgabebefreiungen im Notopfer.

Der Ausschuß für das Reichsnotopfer lehnte die Anträge der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen auf gänzliche Umgestaltung der Grundlagen der Vorlage ab. Nach einstehenden Anträgen des Reichsbaudrätenten wurde die in erster Lesung aufgehobene Abgabefreiheit der Reichsbank wieder hergestellt und auch für die Darlehnskassen die Abgabefreiheit beschlossen. Eine längere Debatte entstand über einen Zentrumsantrag, die Abgabefreiheit der Kirchen, die entgegen der Regierungsvorlage in erster Lesung beschlossen worden war, wieder zu beseitigen. Der Antrag wurde auch von sämtlichen Parteien unterstützt. Die Abstimmung wurde noch ausgesetzt, da zunächst seine Einigung zu erzielen war. Auf Antrag Meyer wurde beschlossen, daß nur solche Sparkassen abgabefrei sein sollen, die sich auf die Pflege des eigentlichen Sparverkehrs beschränken.

Die Geschäftsführung der Betriebsräte.

Der Betriebsrätegesetzausschuß nahm zu Artikel 21 u. a. folgende Bestimmungen an: „Die Sitzungen des Betriebsrats finden in der Regel und nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit statt. Sie sind öffentlich. Die Arbeitgeber nimmt an den Sitzungen, zu denen er eingeladen ist oder die auf seinen Antrag anberaumt sind, teil. Ihm kann in diesen Sitzungen nach Vereinbarung der Vorsitz übertragen werden. Von Sitzungen, die während der Arbeitszeit stattfinden müssen, ist der Arbeitgeber zu benachrichtigen." Weiter wurde beschlossen, daß der Betriebsrat kein ehrenamtlich verwaltet. Versäumnis der Arbeitzeit darf keine Lohnkürzung nach sich ziehen. Die durch die Geschäftsführung entstehenden Kosten trägt der Arbeitgeber. Für Sitzungen sind geeignete Räume zur Verfügung zu stellen. Erhebung von Beiträgen für den Betriebsrat ist verboten.

Die Sicherung der Landwirtschaft.

Preußische Landesversammlung.

68. Sitzung vom Dienstag, den 21. Oktober 1919, mittags 12 Uhr.

Am Regierungstisch: Braun, Fischbeck.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zehn kleine Anfragen.

Zwei Anfragen der Deutsch-Hannoveraner und der Deutschnationalen haben den Erlaß der zu Kriegszwecken entzogenen Kirchenglocken zum Gegenstand.

Ein Vertreter des Ministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung beantwortet die Anfragen dahin, daß das Ministerium des Wissenschaftsbundes die Heeresverwaltung Verfügung getroffen hat, die noch nicht erschlossenen Glocken den Verbrauchern wieder zuzuführen. Erlaß für die verwichenen Glocken sollte nach einer Zusage der Heeresverwaltung vom Jahre 1917 denjenigen Gemeinden, die besonders Wert darauf legten, geliefert werden. Der Minister habe sich für diese Gemeinden bereits seit längerer Zeit verwandt. Das noch vorhandene Material, das zum Glockenguß geeignet sei, sei leider verschwunden gering. Andererseits sei einwandfrei festgestellt worden, daß Kirchengemeinden Glocken an Händler verkauft haben. Das Ministerium werde seine Bemühungen um Erlaß fortsetzen.

Eine Anfrage der Sozialdemokraten auf Ausbedrung der Beschlagnahme des Königlichen Hoftheaters zu Hannover.

Ein Antrag der Deutschnationalen Abgg. Dr. Herzog (L. Gen. fordern am 19. September einen dringenden Antrag einzubringt, die Staatsregierung zu ersuchen, die am 2. September 1919 vom Landwirtschaftsminister erlassene Verordnung über die Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten sofortauft wieder aufzuheben.

Abg. **Rippel** (D. Nat.):

Der Erlaß der Zwangswirtschaftung der Güter entbrodt, die nicht Vorsteuerbar abschaffen, hat auf dem Lande ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Auch wir wollen eine Abwendung der Arbeiterwirtschaftsfür auf dem Lande. Man weiß die Industrie Jahre abbraucht hat, das kann man nicht in der Landwirtschaft in wenigen Wochen erreichen. Der Minister Braun hat dieses Friedensinstrument zu einem Kriegswerkzeug gemacht. Nach seiner Erklärung kann sich es sich um eine Notverordnung, für beyern Rechtsschutzinstanz er sich auf den Erlaß vom 7. November 1918, bete. die wirtschaftliche Demobilmachung, berufl. Diese beiden Gesetzlichkeiten stehen aber außer jedem Zusammenhang. Ebenso wie eine rechtliche Begründung fehlt der Erlaß die tatsächliche Rechtfertigung. Man hat ohne Not von außen Unruhe in die Landwirtschaft hineingetragen (Sehr richtig! Rechts.) Zu Zwangswirtschaftsmaßnahmen hat sogar Mißtrauen hingeschickt, und dessen Führer mußte antwortenden: „Alles wahr, bis auf die Arbeitsbörsen." Man hätte doch alle Fehler, gerade jetzt alles zu vermeiden, was die landwirtschaftliche Produktion stören kann. Der Minister Braun hat von Anfang seiner Amtsführung an sein besonderes Vertrauen in landwirtschaftlichen Kreisen gemeinen. Er soll bei Interessen der Landarbeiter, vertreten, aber er hat auch der anderen Seite gerecht zu werden. Sagt dessen ist er ganz einseitig vorgegangen, und das müssen wir schaf verurteilen. Um das Vertrauen des ganzen Volkes zu erhalten, darf der Minister nicht seine Stellung mit dem eines sozialdemokratischen Parteisekretärs verwechseln.

Abg. **Jacoby-Waffuf** (Zentr.) beantwortet einen Antrag über den stärkeren Abschutz von Schweinevieh und Hirschen in der Chef im Landwirtschaftsministerium. Es ist doch nicht mit einer Bandbewegung abarbeiten, wenn Tausende von Arbeitern Jahrzehnte lang und Geiseibe durch das Wild verwüstet werden. Es werden auf diese Weise dem Volk große Mengen an Lebensmitteln entzogen.

Ein Antrag der Abgg. Berent u. Gen. über die Behandlung der Frühjahrsschäfte, sowie ein Antrag der Abgg. Jacoby-Waffuf u. Gen. auf Bekämpfung der Schädlinge des Weinstocks wird ebenfalls begründet durch den

Abg. **Jacoby-Waffuf** (Ztr.): Wir beantragen, die Frist für die Gewährung der Frühjahrsschäfte bei Frühjahrsfrösten den Verhältnissen der einzelnen Landesteile anzupassen. Wir wünschen eine tatsächliche Bekämpfung der Schädlinge, um eine Schädigung unserer Weinernte zu verhindern. Es sind bei den Bekämpfungsmitteln zum Teil noch wenigstens eine gleichmäßige Verteilung des Zuckers verlangen. Wir ersuchen die Staatsregierung, dafür zu sorgen, daß der Weinzucker den Winzern rechtzeitig zur Kriegszeit geliefert wird.

Es folgt der Antrag der Abgg. Dr. Heß u. Gen. (Ztr.) über die Schädigung des Winzerstandes durch den Friedensvertrag und auf Einberufung des Weinparlaments.

Abg. Dr. **Heß** (Ztr.): Der Poesie, mit der der Winzerstand immer verherrlicht wird, steht die nackte Wirklichkeit gegenüber. Es geht ihm oft die ganze Jahresarbeit, die ganze Jahresernte verloren. Der Winzerstand ist überschuldet. Das Weingesetz weist sehr viele Lücken auf. Seit 1911 hat sich endlich der Winzerstand erholt. Der Weinhandel leiert infolge des unseligen Schwerlastgesetzes nach Orten. Der Wein hat sich infolgedessen um 150 bis 200 Prozent verteuert. Was soll nun angesichts der schweren Bestimmungen des Friedensvertrages aus dem Winzerstande werden? Die Regierung muß selbst das allergrößte Interesse an der Erhaltung des Winzerstandes haben. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Behandlung der ganzen Materie nicht Landes-, sondern Reichssache ist.

Abg. Dr. **Ablerhalden** (Dem.) gibt eine kurze Begründung der förmlichen Anfrage seiner Fraktion, ob die Staatsregierung auch fernerhin der wissenschaftlichen Forschung dieselben Mittel zur Verfügung stellen wird, die sie bisdahin, im Interesse des Gesamtwohls des Volkes Landwirtschaft und Industrie durch neuartige Entdeckungen und Errungenschaften zu fördern. Die hierarztlichen und die landwirtschaftlichen Hochschulen mußten in bezug auf die wissenschaftliche Forschung genau so gefördert werden, wie die Universitäten.

Abg. **Klausener** (L. Gen.) begründet die dringende förmliche Anfrage vom 23. September, was die Staatsregierung zu tun gedenke, um den Landarbeitern menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sichern und die durch Arbeitsfreiheit der Bevölkerung drohenden schweren Gefahren vorzeitig abzuwenden. Er verweist auf die Streiks in Pommern und auf die dort zutage getretene Widerspenstigkeit der Großgrundbesitzer. Die Sinnlosigkeit dieses Streiks wird noch deutlicher erwachsen, wenn in dieser Richtung nicht ein wirksamer Druck auf die Landwirtschaft ausgeübt werde. Viele Gemeinden leiden nicht einmal in der Lage, die Bevölkerungsschaft mit den 30 Gramm Butter pro Kopf und Woche zu versorgen, weil die Landwirte sich einfach um die Lieferpflicht nicht kümmern oder sich darüber hinwegsetzen. Da könne doch von einer Parmonie mit den Landwirten im Ständen nicht mehr die Rede sein. Die Agrarier hielten es immer noch mit dem Grundsatz: Nach mir Sintflut, soll Brauch bleiben. Gerade die Großgrundbesitzer seien die Hauptschuldigen, aber die vor den Kopf zu stoßen hätte man sich, weil man bisher mit ihnen Politik zu machen pflegte, nicht getraut. Die Kleinbauern aber werdeg gegen die kleinen und kleinsten Bauern auf dem Lande eingeschränkt. Die schärfsten Maßnahmen müßten gegen die engrissen werden, die sich in der Allgemeinheit verfänglichen, nur dann werde der Zusammenbruch der Bestrebungen verhindert werden.

Eine förmliche Anfrage des Zentrums betrifft die Reichsnotlage, unter der sich Baden das Heimbedürfnis im Kreise St. Goar zu leiden hat. Abg. Jacoby-Waffuf bekennt die tiefgehende Erregung des Winzerstandes über die Frage, was geschehen sollen, um die Ernte vor gänzlicher Verelendung zu schützen.

Abg. **Bieber** (b. Hannoveraner) weist in einer weiteren förmlichen Anfrage darauf hin, daß der Landwirtschaft in weitestem Maße, besonders auch für die Kleinbauern, die Gefahr droht, daß die Verteilung durch den deutschen Kaufbaum, wobei die Landwirtschaft zugunsten der Industrie und des Bauganzeiles erbeblich zurückgestellt worden ist, gänzlich zum Stillstand kommt. Es ist in erster Linie siehe die Produktion, dann komme der Wohnungsbau; sinnt stelle man die Dinge auf den Kopf. Auch mit der Wagenzuteilung sei es geradezu trostlos. Hier müsse endlich energisch durchgegriffen werden.

Aus den Mitte des Hauses wird noch zu der Frage der weiten Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern darauf hingewiesen, daß von einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Wahlerin die Rede sei. Es wäre wichtig, darüber von dem Minister eventuell einige Aufhebung zu hören.

Abg. **Reinicke** (Z.) begründet schließlich einen heute vom Zentrum eingebrachten Antrag Drzob, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Verordnung betr. die Vermeidung des Mißbrauchs von Hunden und Hetzen, von Pferden abgeschafft und das Interesse der Tierhalter berücksichtigt werde. Es ist am 21. Oktober eine Gleichsbeordnung ergangen, die in den Kreisen der Tierhalter den größten Unwillen hervorgerufen hat, da der Mißbrauch auf der Steinrampe der Preise gerichtet sein sollen, und den Höchstpreise nach der Verordnung vom 4. Mai nicht dem Tierhalter zuteilen, sondern gebrauchen auf die Tierhalter, das Reich und die Kommunalverbände verteilt werden soll. Der Landwirt sei Eigentümer des Tieres, also auch der Zucht und des Felles. Die Fleischpreise decken heute nicht einmal mehr die Produktionskosten, die Produktion gehe immer mehr zurück und das Interesse der Landwirtschaft an der Viehhaltung werde durch solche Verordnungen geradezu zum Schweinen gebracht.

Damit ist die Begründung der Anträge und Anfragen erledigt. Es folgt die allgemeine Besprechung.

Abg. **Wittich** (Soz.):

Die Landwirtschaft muß unbedingt ihre gesamte Produktion nach Kräften steigern, da die Leistungsfähigkeit und die Lebensfähigkeit des gesamten deutschen Volkes von einer besseren Gestaltung abhängt. Der Mangel an Rohstoffen trägt mit schuld an der Arbeitslosigkeit in den Großstädten, in erster Linie aber ist daran schuld die Unterwärtung, durch die sich der Arbeiter nicht mehr im Vollgenuß seiner früheren Arbeitskraft befindet. Es muß unbedingt eine bessere Versorgung der Schwangeren, der Säuglinge und Kranken mit Milch und Fett erzielt werden. In erster Linie trägt an der nicht genügenden Versorgung der mangelnde Wille der Landwirtschaft daran schuld. Dadurch ist der Fall bisdahin bei der zu hohen Kartoffelernegen. Wodurch ist eine Frühdrschprämie eingeführt worden? Einzig und allein zum Vorteile der großen Kartoffelbrennereien, die dadurch Vorteil allein zu bewusen. Der Landwirtschaftsminister müßte sogar Freiheitsstrafen verhängen für Landwirte, die durch Nichtlieferung genügender landwirtschaftlicher Produkte das deutsche Volk zur Hungerkatastrophe stellten. Die Landwirtschaft unterstützt den Schleichhandel in unerhörter Weise und wirkt infolgedessen gesundheitsschädigend auf die Bevölkerung. Sie wollen die Zwangswirtschaft aufheben, um den Weltmarktpreis ist die köstlichen Produkte zu erzielen. Auf welche Weise soll Deutschland aber den Weltmarktpreis bezahlen? Eine Folge hiervon wäre ein völliger Zusammenbruch. Die betreffenden Landwirte, die sich am deutschen Volk frevlich versündigen, müssen unbedingt ohne jede Rücksicht verfolgt und unschädlich gemacht werden. Es ist z. B. eine frevlerische Verschwendung, wenn von einem Vertreter der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden dargegen geäußert wurde, daß die Landwirte ihre Erzeugnisse ablieferten. Das sollte doch der Minister, wenigstens dagegen einschreiten. (Sehr richtig!) Auch die Landräte und zwar die Oberpräsidenten verfügen in der Aufklärung der ländlichen Bevölkerung und bezüglich der Kontrolle in der Ablieferungspflicht der Landwirte. Seitens des Landwirtschaftsministeriums muß unbedingt für die Lieferung guten Saatgutes an die Landwirte gesorgt werden. Durch eine höhere Bezahlung der Landarbeiter wird sicher auch die Arbeitsfreudigkeit derselben gehoben. Auch die Beschwerdeinstanzen, daß die Sozialdemokraten ausgesprochene Gegner der Landwirtschaft seien, ist ganz falsch.

Hierauf wird gegen 5½ Uhr die Beratung auf Mittwoch, 12 Uhr vertagt. Außerdem Anträge und kleine Vorlagen.

Die Kriegsleistungen der Gemeinden.

Zweiter kommunalpolitischer Vortrag des Ministerialrates Hirsch.

In dem zweiten Vortrage, den gestern der Ministerialpräsident Hirsch in der Berliner Universität über kommunalpolitische Probleme hielt, wurde ein allgemeiner Ueberblick über die Leistungen der deutschen Gemeinden während des Krieges und über die ungeheuren Anforderungen gegeben, die hierbei an die Gemeinden gestellt waren. Der Redner führte etwa aus:

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges wurde es klar, daß er uns finanziell und wirtschaftlich angenügend vorbereitet war. Da die Erfahrungen erst neu gesammelt werden mußten, ließ es sich nicht umgehen, daß bei den vom Reiche herangezogenen Verordnungen die Gemeinden, die Selbstverwaltungsorganen, die Verordnungen log zum größten Teil in den Händen der Gemeinden, die im großen und ganzen zuverzeichnendes geleistet haben.

Durch Reichsgesetz vom 28. Februar 1868 war den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, den Angehörigen der Kriegsteilnehmer Unterstützung zu gewähren. Es stellte sich bald heraus, daß dieses Gesetz nicht genügte, und durch die Novelle vom 4. August 1914 wurden neue Sätze aufgestellt, und zwar waren Mindestsätze vorgesehen, die der Staat zu leisten hatte, zu denen aber die Gemeinden Zuschüsse, entsprechend den Verhältnissen, geben sollten. Die Gemeinden haben hierbei Großes geleistet, ihre Aufwendungen waren größer als die des Reiches. Die Stadt Berlin hat bis Ende Februar 1918 aus eigenen Mitteln für diese Zwecke 8 500 000 ℳ ausgegeben, die Mittelsätze des Reiches betrugen 8 500 000 ℳ. Bis zum 31. Dezember 1917 hatte die Stadt Leipzig 149 000 000 und Frankfurt a. M. 91 000 000 ℳ aufgewendet, von denen nur etwa 40 % aus Reichsmitteln stammten. Im allgemeinen gewährten die Gemeinden einen Zuschuß von 100 % zu der Staatsunterstützung. Von hoher Kriegsunterstützung erhielten die meisten Gemeinden eine Mietbeihilfe gewährt, die an die Hausbesitzer gezahlt wurde. Ein anderes System bestand in der Gewährung besonderer Mietbeihilfen neben der Kriegsunterstützung. Die Handwerker mußten zum Teil von den Gemeinden beraubtzt, einen gewissen Prozentsatz von der Miete nachzuzahlen, in welchem Falle die Gemeinde bereit war, sie aus eigenen Mitteln zu zahlen. Natürlich konnte dies nicht verallgemeinert werden, da viele Handwerker durch Einrichten des größten Teils ihrer Mieter einen erheblichen Schaden hatten. Wieder andere Gemeinden haben für die Kriegsfürsorgeempfänger Kriegsversicherung errichtet oder die Beiträge in die Krankenkasse für die Empfänger weitergezahlt.

Ein anderer Maßstab wurde von den Gemeinden bei ihren eingesessenen Beamten angewendet. Diese waren sie verpflichtet, das Gehalt weiter zu zahlen; in vielen Fällen wurde hierzu noch der Teuerungszuschlag gewährt. Erheblich schlechter standen die Angestellten und Arbeiter der Gemeinden da, weil sie im allgemeinen keinen Anspruch auf Weiterzahlung ihrer Gehälter hatten. Bohnung hatten. Aber auch hier hat eine Reihe von Städten großes Entgegenkommen gezeigt.

Eine weitere Pflicht der Gemeinden bestand in der Versorgung der Arbeitslosen. Durch den Krieg wurden Handwerke, Gewerbe, Industrie und Textilindustrie usw. bei Kriegsausbruch völlig lahmgelegt worden, wuchs die Zahl der Arbeitslosen sehr rasch. Die Kommunen bekämpften die Arbeitslosigkeit durch Vermittlung von Arbeit, Schaffung neuer Arbeit und gewährten Unterstützung an Arbeitslose. Die Gemeinden versuchten, auf die Arbeitgeber einzuwirken, durch Schaffung neuer Arbeit, sowie durch Weiterzahlung der Arbeitsgeit eine Entlassung der seitherigen Arbeiter zu vermeiden. Trotzdem versuchten die Notstandsarbeiten die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Trotz aller Bemühungen der Gemeinden blieben Arbeitslose übrig, deren Zahl jedoch nicht annähernd so groß war wie jetzt. Die Folge davon war die Gewährung einer Gemeindelosenunterstützung, das bedeutete hierbei keine Härtefall. Das Reich schob diese Verpflichtung auf die Einzelstaaten, diese wieder auf die Gemeinden, die überzeitig die Unterstützung als Gabe des Reiches bezeichneten. Bei den einzelnen Städten waren die Grundsätze zur Gewährung der Erwerbslosenunterstützung verschieden. Berlin z. B. unterstützte alle Arbeitslosen, die trotz Arbeitswilligkeit keine Arbeit finden konnten, auch das Kleingewerbe und die Angestellten der freien Berufe. Die Gemeinden verlangten, daß die Empfänger wenigstens einige Monate im Orte ansässig waren und ihre Bedürftigkeit nachweisen. Auch an die seelsorgerische Betreuung wurde von einigen Gemeinden Unterstützung gezahlt. Aber auch für die Angehörigen der Mittelstandes gegen die Gemeinde; sie lieh Geld, richtete Mittelstands- und Volksküchen ein, gründete Darlehnskassen usw.

Im großen ganzen können sich die Gemeinden mit Stolz rühmen, alles in ihren Kräften Stehende getan zu haben. Die Laien der Gemeinden werden noch zeigen, was das Kürgertum zu vollbringen vermag, wenn seine staatliche Bureaukratie es hemmt, sondern wenn seiner Betätigung freier Spielraum gelassen wird.

Die Kohlennot in der Pfalz.

M. München, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Pfalz nimmt die Kohlennot immer katastrophalere Charakter an. Die französische Besatzungsbehörde verfügte, daß von Montag ab das Eisenbahnpersonal Ordnung, daß kein Zug mehr abfährt, die Pfalz nicht mehr mit Strom speisen würde. Infolgedessen tritt für die Pfalz eine Stromsperre ein, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Die städtischen Leitungen können nicht erscheinen. Die Sperre wird solange aufrechterhalten, bis die Belieferung mit Kohlen erfolgt.

Piano Adam.
Berlin Münzstr. 16.